

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Niringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Einlegung Selbstverlag 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile in Berlin.

Berlin, den 21. August 1930

Russland nackt.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Panait Jstrati schildert den Bolschewismus.

SPD. Kreml, Oktober 1927: Zehnjahrfeier der russischen Revolution. Unter den zweitausend Ehrengästen, vor denen die Sowjetregie Paraden, Demonstrationen, Ansprachen, Feste am laufenden Bande abrollen lässt, ein vierzigjähriger Rumäne, gestern noch einer aus der anonymen Masse, ein herumzigeunernder Anstreicher-gehilfe, hier bereits der von Romain Rolland entdeckte, mit einem Schlage weltberühmte Romanschriftsteller Panait Jstrati, den sein heißes Herz und sein Gerechtigkeitssehnen auf die Seite der Unterdrückten trieb. Er frohlockt, - eine innere Verheissung ist in Erfüllung gegangen: hier hat er das Land gefunden, in dem zwar nicht Bequemlichkeit und Wohlleben, aber die Gerechtigkeit für das Volk verwirklicht ist.

Sechs Wochen darauf: der Schwarm der zweitausend festfeiernden Gaffer ist wieder abgereist. Jstrati aber ist geblieben, er durchreist das Land von Nord zu Süd, vom Eismeer zum Kaukasus. Sechzehn Monate verweilt er in Russland und in dieser Zeit gelingt ihm der Blick hinter die nach Art des seeligen Potemkin gestellten Festkulissen: zu Schmutz und Dürftigkeit entdeckt er ein System der Rechtlosigkeit und Unterdrückung, das an despotischer Willkür alle westeuropäischen Herrschaftssysteme in den Schatten stellt. Seine unendliche Enttäuschung über die habgierige, herrschsüchtige, masslos ungerechte Sowjetbürokratie entlädt der Russland den Rücken Kehrende in dem Zornesruf: Gesindel! - Und dann folgen drei Bücher, die vom individuellen Bekenntnis zur objektiven Darstellung ansteigend, den Jammer und die Anklage eines um sein Heiligstes Betrogenen formen: Auf falscher Bahn! - So geht es nicht! - Russland nackt!

Um Panait Jstratis jetzige Situation zu verstehen, müsste man an das weltberühmte Schauspiel: "Tartuff" des Franzosen Molière erinnern. Der abgefälschte Heuchler Tartuff hypnotisiert seine Umgebung so, dass sie sich auch durch die handgreiflichsten Beweise seiner Schurkerei nicht belehren lassen will. Schliesslich wird Tartuffs Hauptanbeter Orgon dadurch überzeugt, dass er den Lüstling bei seiner Frau überrascht. Aber wie er nun die anderen Familienmitglieder entrichtet von dieser Schandtats Tartuffs unterrichten will, da verhalten sich diese zu seiner Verzweiflung und Wut genau so wie er selbst bis noch eben: sie glauben seine Anschuldigungen nicht!

So geht es Panait Jstrati im Kreise der noch unbekehrten Moskaugläubigen: in dem Augenblick, wo er den wahren Sowjet-Tartuff hinter seiner Heuchlermaske hervorzieht, erklären sie den eben gefeierten Dichter für einen Lügner. Was hilft es Jstrati, dass er sein heißes Dichterherz auf Händen trägt, dass er seine unveränderte proletarische Gesinnung beteuert? Ein System, das Trotzky zum "Konterrevolutionär" stempelte und Joffe durch systematische Ehrabschneiderei zum Selbstmord trieb, wird auch noch ein paar Kotkübel gegen einen Romanschriftsteller übrig haben!

Aber uns andere, die wir die Wahrheit wissen wollen, interessiert der Fall Panait Jstrati deshalb so brennend, weil hier auch nicht der geringste selbstische Beweggrund erkennbar ist, der den Begeisterten zu einem Enttäuschten ge-

macht haben könnte. Im Gegenteil: gegen ihre Propagandisten ist die Sowjetmacht hochnobel; solange Jstrati ihr als Anhänger galt, hat sie ihm viele Tausende als Honorar für die russische Ausgabe seiner Romane gezahlt, hat sie ihm eine Freifahrkarte durch ganz Russland gewährt! Nein, hier ist ein innerlich begeisterter Mensch, zu den ersten Geistern unserer Zeit zählend, durch Schauen und Erleben in einen unerbittlichen Gegner dieses Systems verwandelt worden.

Der äussere Anstoss zu Panait Jstratis Bekehrung war allerdings ähnlich heftig wie der, den der ehebrecherische Tartuff seinem Verehrer Orgon versetzte: Jstrati musste erleben, wie die neunköpfige Familie eines alten Revolutionärs zu grunde gerichtet wurde, weil eine hysterische Komsomolka (Jungkommunistin), Inhaberin des Ordens der Roten Fahne, ein Zimmer seiner Wohnung begehrte. Ein Verleumdertartikel wird von der Schurkin in die Prawda von Leningrad lanziert, schon verliert der Angegriffene seinen Arbeitsplatz in der Fabrik, die Wohnungsgenossenschaft setzt ihn auf die Strasse, die Gewerkschaft schliesst ihn aus: ohne Verhöre ohne Untersuchung, ohne Möglichkeit einer Verteidigung ist der Mann nebst Familie mit einem Schlage brot- und obdachlos gemacht. Nichts leichter als einen Menschen zu verleumden, der nicht erwidern kann: aus dem Arbeiter wird im Handumdrehen ein Spekulant, aus dem verbannt gewesenen Revolutionär ein verstockter "Ehemaliger", ja - Gipfel der Verleumdungskunst - aus dem Juden wird ein P.ogromist gemacht, in dessen Wohnung alle Wände voll Heiligenbildern hängen!

Angesichts dieses Vorgangs erkennt Jstrati die ungeheuerlichste aller Tyranneien: in kapitalistischen Ländern ist das schlimmste, was einem Proletarier für seine Ueberzeugung zustossen kann, eine Entlassung mit dem Zwang, anderswo Arbeit zu suchen. Aber in Russland ist es die gleiche Bürokratie, die alle Arbeitsgelegenheiten und Obdachmöglichkeiten beherrscht: einmal aus der "Gewerkschaft" ausgeschlossen, findet der Gemassregelte nirgends Arbeit mehr! Jstrati schreibt:

"Die Schreckensherrschaft, die auf den Magen und das Obdach losgeht, die schlimmste aller Schreckensherrschaften, erzeugt eine allgemeine Feigheit. Beide im Bunde erlauben den Tyrannen, die Macht auf ihre Weise zu geniessen..."

Bisher hatte Jstrati gemeint:

"Wenn es schon sehr schwierig sein mag, Behaglichkeit zu schaffen, so kann doch nicht das geringste im Wege stehen, gerecht und anständig zu sein." Aber - ungeheuerliche Enthüllung - hier herrscht nicht nur die Ungerechtigkeit der schlimmsten Tyrannei, noch mehr: "die Arbeiterklasse wird in Russland am ärgsten davon betroffen!"

Einmal auf die empörende Ungerechtigkeit des Systems gestossen, erkennt Jstrati nun auch das ungeheure wirtschaftliche Elend der Arbeiterklasse in Russland, das man vor ausländischen Gästen so geschickt durch ein paar Paradebetriebe, Musteranstalten usw. zu maskieren weiss. Der Darstellung dieses Elends gilt der Band "Russland nackt - Zahlen beweisen". Die Anklage wirkt hier um so überzeugender, als die ganze Darstellung auf Angaben der offiziellen Sowjetpresse beruht. Jstratis Wahrheitsliebe kann von seinen parteikommunistischen Gegnern angezweifelt werden. Können sie aber zweifeln, wenn z.B. die Prawda vom 20. November 26 schreibt:

"In der Fabrik in T. Ural, bekommen die neu eingestellten Arbeiter überhaupt keine Unterkunft und schlafen auf dem Bahnhof, die Schüler der Fachschule des gleichen; Kinder schlafen in der Fabrik unter den Dampfkeesseln", oder wenn das gleiche Sowjetblatt von 600 Arbeitern, die in der Umgegend von Moskau in Bauernhütten kaserniert sind, schreibt:

"Sie leben unter Wanzen, Schaben, Flöhen, in Nässe, Schimmel, Rauch, Russ und in der engsten Gemeinschaft mit dem Vieh. Man schläft auf Brettern und unter Brettern, auf Tischen und unter ihnen. Bei Nacht kann man nicht hinaus, so vollständig ist der Boden mit menschlichen Leibern bedeckt."

Oder die gleiche Prawda über städtische Behausungen von Arbeitern:

"Drei Mann schlafen auf zwei zusammengeschobenen Feldbetten; andere auf dem schmierigen Fussboden in Gängen, unter den Betten. Man schläft auch im Hof, wenn die Witterung es gestattet. Frauen mit Säuglingen an der Brust leben in diesem Schmutz. Keine Beleuchtung bei Nacht. Der Hof ersetzt die Latrine."

Oder über die Arbeiter der Fabrik Profinkon, Provinz Briansk,- die in Baracken leben:

"Sie verfügen oft nur über eine Wohnfläche von fünf Arschinen im Geviert (1 Arschin = 71 cm) mit einer Familie von acht Personen und sogar auch zwölf und sechzehn Personen. Die Folge sind ansteckende Krankheiten, besonders Tuberkulose".

Das sind ein paar willkürlich herausgegriffene Zitate aus Sowjetblättern, wie sie das Buch Jstratis - selber nur eine Materialauslese - zu hundert bietet. Man kann im Rahmen eines Artikels nicht wiedergeben, was dort alles zusammengetragen ist über Wohnungsnot, mangelnden Arbeiterschutz, kümmerliche Löhne, Warenmangel usw. Sehr interessant ist z.B. auch die Enthüllung der Verwahrlosung in den "zu Erholungsstätten für die Arbeiter" umgewandelten Zaren Schlössern, wo sich nur leider infolge von Luderwirtschaft und unzureichender Verpflegung die dorthin Verschiedten so wenig erholen, dass man sie bei Rückkehr in die Fabrik mit dem geflügelten "Scherz"wort empfängt: "Nun erhole dich mal erst vom Urlaub!"

Das Buch Jstratis zeigt, wie der Titel sagt, das bolschewistische Russland nackt. Gerade jetzt, wo dem deutschen Arbeiter das "Sowjetparadies" von den Kommunisten als Wahlköder hingehangen wird, empfiehlt sich die Verbreitung dieser nackten Wahrheit.

SPD. Paris, 21. August (Eig. Drahtb.)

In Haluin, der Hochburg der Kommunisten, ist ein grosser Skandal ausgebrochen. Die dortige Streikleitung hat, wie sich nachträglich herausstellte, die bei ihr eingelaufenen Unterstützungsgelder für die Familien der Streikenden zu Propagandazwecken verwendet. Die Folge war, dass die Streikenden und ihre Familien bei einer täglichen Unterstützung von sage und schreibe 16 Pfennigen dem Hunger preisgegeben waren, während die den sozialistischen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeiter ihre tägliche Unterstützung von drei Mark regelmässig erhielten. Das hat eine solche Erbitterung im kommunistischen Lager ausgelöst, dass an der letzten Demonstration anstatt 1500 Kommunisten nur noch 250 teilnahmen. Jetzt sind aus der dortigen kommunistischen Partei in Haluin 100 Personen ausgetreten. Die Partei befindet sich in völligem Zerfall. Die kommunistischen Führer mussten von Gendarmen vor der Wut ihrer Mitglieder geschützt werden.

SPD. Die Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei zu den bevorstehenden Reichstagswahlen hat folgende Zusammensetzung erfahren:

1. Hermann Müller-Berlin, 2. Otto Wels-Berlin, 3. Artur Crispian-Berlin, 4. Rudolf Hilferding-Berlin, 5. Marie Juchacz-Berlin, 6. Otto Landsberg-Berlin, 7. Wilhelm Dittmann-Berlin, 8. Johanna Reitze, Hamburg, 9. Friedrich Stampfer-Berlin, 10. Dr. Ludwig Marum-Karlsruhe, 11. Franz Scheffel-Berlin, 12. Fritz Tarnow-Berlin, 13. Dr. Völter-Berlin, 14. Max Seppel-Breslau, 15. Heinrich Schulz-Berlin, 16. Toni Pfülf-München, 17. Nikolaus Bernhard-Berlin, 18. Rudolf Lengersdorff-Berlin, 19. Victor Schiff-Berlin, 20. Dr. Hübler-Leipzig, 21. Bernhard Schwerdtfeger-Berlin, 22. Luise Schiffgens-Aachen, 23. Max Westphal-Berlin, 24. Pfändner-Berlin, 25. Leo Horlacher-München.

SPD. Bochum, 21. August (Eig. Drahtb.)

Die zum West-Waggon-Konzern gehörende Düsseldorfer Waggonfabrik vorm. C. Weyer soll am 30. September stillgelegt werden. Die Verwaltung hat bereits einen Antrag auf Entlassung sämtlicher 550 Arbeiter und 80 Angestellten eingereicht.

SPD. Am Donnerstag ist der Öffentlichkeit ein Aufruf übergeben worden, der von Vertretern der Konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei unterzeichnet ist. An sich sollte dieser Aufruf erst am Freitag vormittag erscheinen. Ein Berliner Mittagsblatt hat ihn jedoch in seinem wesentlichen Inhalt bereits am Donnerstag wiedergegeben, sodass man sich entschloss, ihn sofort zu veröffentlichen. Er war kaum draussen, als unter den Urhebern des in dem Aufruf verkündeten Burgfriedens ein grosser Krach losging. Dazu wird von der Zentraleitung der Wirtschaftspartei mitgeteilt:

"Die bekanntgegebene angebliche Erklärung der drei Parteien, Konservative Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, ist ein anfangs der Woche ausgefertigter Entwurf, der noch die Genehmigung der zuständigen Parteinstanzen finden sollte. Deshalb wurde vereinbart, eine Veröffentlichung erst am Freitag oder Sonnabend vorzunehmen. Die vorzeitige Veröffentlichung (des gemeinsamen Wahlaufrufs) ist also erfolgt ohne Zustimmung der Leitung der Wirtschaftspartei, und die Zustimmung zur vorzeitigen Veröffentlichung wurde ausdrücklich am Donnerstag auf telefonische Anfrage von der Parteizentrale der Wirtschaftspartei abgelehnt. Erst am Dienstag, den 26. August, findet eine Parteiausschusssitzung der Wirtschaftspartei in Berlin statt, in der die Zusammensetzung der Reichsliste beraten und auch zu dem angeregten gemeinsamen Vorgehen Stellung genommen werden sollte."

Was Herr Treviranus auch anfängt - überall wird er vom Pech verfolgt. Da wollte er dem Volk eine "Hindenburgfront" der "Rechten" vorgaukeln. Aber noch ehe sie überhaupt öffentlich proklamiert werden konnte, lief einer der Hauptbeteiligten davon, als hätte er schon lange auf die passende Gelegenheit dazu gewartet und wochenlang nur zum Schein mit seinem Partner verhandelt. Die Staatspartei brauchte nicht erst davonzulaufen, weil man sie in die "Hindenburgfront" nicht eingeschlossen hatte. Die Deutsche Volkspartei hat das nachträglich nachzuholen versucht und der Staatspartei eine entsprechende schriftliche Einladung zugehen lassen. Auch die war kaum heraus, als die Konservative Volkspartei hoch und heilig versichern liess, dass sie mit dieser Einladung nichts zu tun habe. So organisiert der geschäftige Herr Treviranus die "Interessentenhaufen" statt zusammen immer weiter auseinander. Uns soll diese "bürgerliche Sammlung" nur recht sein.

+ + +

Aus gutunterrichteten Kreisen der Wirtschaftspartei verlautet, dass es als zweifelhaft bezeichnet werden kann, ob sich in der Parteiausschuss-Sitzung eine Mehrheit der Delegierten für die Bestätigung der Unterschrift von Drewitz und Sachsenberg unter den gemeinsamen Wahlaufruf finden wird.

SPD. Paris, 21. August (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerrat hat am Donnerstag beschlossen, Briand als Hauptdelegierten zu der diesjährigen Völkerbundsversammlung zu entsenden und gleichzeitig mit gleichen Rechten die Minister Pierre Laval und Flandin nach Genf zu delegieren. Als Hilfsdelegierte figurieren der Minister für öffentliche Arbeiten Fernot und die Unterstaatssekretäre Francois Poncet und Robert Sérot. Der Delegation gehören ferner 7 Sachverständige an, darunter der Generalsekretär der sozialistischen Gewerkschaften Jouhaux.

Wenn sich damit hinsichtlich der Zusammensetzung der französischen Delegation auch die ersten Befürchtungen nicht bewahrheitet haben, so ist doch im Vergleich zum Vorjahr in der Auswahl der Delegation ein entschiedener Ruck nach rechts zu verzeichnen. Die vier radikalsozialen Vertrauensmänner, die im Vorjahre die bürgerliche Linke repräsentierten, sind diesmal sang- und klanglos ausgeschifft worden, sodass die Delegation mit Ausnahme von Jouhaux, der für die Beratungen des Genfer Arbeitsamts unentbehrlich ist, ausschliesslich aus Männern der Rechten besteht. Dieser Wechsel ist so offenkundig, dass die Regierung sich selbst veranlasst gesehen hat, in einem offiziellen Kommuniqué demonstrativ zu

beteuern, dass die Delegation "die Kontinuität der französischen Völkerbunds- politik sowohl ihren Ideen als ihren Plänen nach strengstens wahr", worüber jedoch auf Grund des offenbaren Widerspruchs zwischen Wort und Tat einige Zweifel berechtigt sein dürften.

SPD. Von einer Staatspartei sollte man eigentlich annehmen, dass sie sich nicht nur zu den Farben des Staates bekennt, sondern sie auch zeigt, so oft und wo es möglich ist. Anders die Deutsche Staatspartei! Sie bekennt sich zwar zur Republik, aber von ihren Farben scheint sie nicht viel wissen zu wollen. Uns wird z.B. aus verschiedensten Landesteilen übereinstimmend berichtet, dass in fast allen bisher von der Deutschen Staatspartei abgehaltenen Wahlversammlungen die schwarz-rot-goldene Fahne nicht gezeigt wurde, während früher in den demokratischen Versammlungen der Saal fast immer schwarz-rot-gold drapiert gewesen sein soll. Auch bei der am Mittwoch erfolgten Eröffnung des Wahlkampfes durch die Deutsche Staatspartei in Berlin war von den Farben der Republik nichts zu sehen. Absichtlich oder warum?

Wahrscheinlich verzichtet man um des lieben Friedens willen darauf, die Staatsflagge zu zeigen. Sonst könnte sich hier und da der Fall ergeben, dass die "Brüder" des Herrn Mahraun neben schwarz-rot-gold auch schwarz-weiss-rot gehäutet sehen wollen und damit die ganze Zwiespältigkeit dieser Staatspartei vor der Wählerschaft demonstriert würde. Um sich dieser Lächerlichkeit nicht auszusetzen, hat die Deutsche Staatspartei die Fahnen der Republik bis auf weiteres in die Rumpelkammer gestellt. Und so etwas nennt sich Staatspartei!

SPD. Peking, im Aug. (Eig. Bericht)

Der Präsident der Peking-Regierung Wang Ching-Wei äusserte sich dieser Tage gegenüber dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" in Peking in einem Interview über die gegenwärtige Lage in China. Wir entnehmen dem ausführlichen Interview folgendes:

Das Hauptproblem Chinas ist nicht die militärische Lage. Der Sturz des Generals Chiang-Kai-Shi ist unvermeidlich, selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass er jede Schlacht gewinnen sollte. Seine Regierung genießt kein Vertrauen. Seine Generale sind unzuverlässig und treu nur so lange er es sich leisten kann, sie zu bestechen. Die Schwäche dieses Generals ist es, dass er nur durch Korruption herrschen kann. Unser linker Flügel herrscht durch sein politisches Ansehen. So haben die Kwangsi-Generäle, die zwei Jahre lang unsere erbittertsten Feinde waren, sich uns zur Verfügung gestellt, nicht weil wir sie durch Angebot von Gut und Geld zu uns herübergezogen haben, sondern weil sie ihre begangenen Fehler einsahen. Durch sie haben wir die Herrschaft über gewisse Gebiete erhalten.

Viel wichtiger als das militärische Hin und Her ist die politische Lage. Es ist uns nach drei Monaten schwieriger Verhandlungen gelungen, den Parteitag in Peking zusammenzubekommen und eine Zivilregierung einzusetzen. Allerdings wünschen manche unserer Verbündeten eine Art Militärherrschaft, die wir jedoch nicht wollen. Eines ist doch klar: Von einer Militärregierung zu einer Militärdiktatur ist nur ein Schritt - was würde uns denn sonst von unseren Feinden in Nanking unterscheiden? Nur eine zivile Regierung kann die Demokratie in China einführen. Allerdings haben unsere Erfahrungen im Jahre 1912, wo die Wahlen zu allen möglichen schlimmen Dingen missbraucht wurden, gezeigt, dass eine parlamentarische Regierung nach westlichem Muster in China unmöglich ist. Im Ausland denkt man oft irrtümlich, dass die Idee einer solchen Parteiregierung aus Sowjetrußland stammt, aber wer die politische Entwicklung Sunyatsens kennt, weiss, dass er bereits im Jahre 1905 die Idee der Parteidiktatur während der Zeit der fremden Herrschaft entwickelte. Das russische Experiment bestätigt uns nur, dass eine Parteidiktatur die geeignetste Form der Regierung für befreite Völker ist.

Aber während die russische Diktatur nur die Diktatur einer Partei ist, ist unsere Diktatur die einer Volkspartei, die alle Klassen und Gruppen der Bevölkerung umfasst.

Unser Hauptziel ist der Sturz des Generals Tschiang-Kai-Shi und seiner Untergeneräle. Er wird genau so gut gestürzt werden wie Yuan Shih Kai im Jahre 1916. Wir können die Bevölkerung nicht länger auf ihre Befreiung von ihm warten lassen. Alle Wege müssen beschritten werden, um ihn zum Sturz zu bringen und das kann nur dadurch geschehen, dass sich alle gegen ihn vereinigen. Unser Hauptziel ist, den General zu stürzen und den Bürgerkrieg in Zukunft unmöglich zu machen, damit der industrielle und wirtschaftliche Aufbau Chinas beginnen kann. Es ist möglich, dass wir mit den verschiedenen militärischen Machthabern, die uns nicht unmittelbar unterstehen, Kompromisse abschliessen müssen, die den Fortschritt von Demokratie und Sozialismus aufhalten können. Aber die Notwendigkeit, den inneren Frieden aufrecht zu erhalten, überragt alles.

Schliesslich besteht noch immer das Problem der imperialistischen Herrschaft unter der wir seit einem Jahrhundert leiden, Früher hatten wir uns nur um den weissen Imperialismus zu kümmern. Mit ihm kann man sich verhältnismässig leicht auseinandersetzen. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die ungleichen Verträge von Angehörigen der imperialistischen Länder abgefasst und uns aufgezwungen worden sind. Sobald als möglich werden wir alles einsetzen, um eine Abänderung zu erreichen. Aber schwieriger ist es mit dem anderen, schlimmeren Imperialismus, dem roten Imperialismus fertig zu werden, der unter dem Befehl der Dritten Internationale durch die Chinesische Kommunistische Partei gegen uns arbeitet, Dieser rote Imperialismus sucht im geheimen gegen uns zu arbeiten, unsere demokratischen Einrichtungen zu untergraben und uns von hinten anzufallen, wie wir es 1927 und erst kürzlich wieder in der Kwangsi-Provinz erleben mussten.

Die von uns zu lösenden Probleme sind ausserordentlich kompliziert und ich muss das Ausland bitten, mit uns Geduld zu haben. China ist so gross wie Europa und hat eine grössere Bevölkerung, aber - daran müssen wir uns immer erinnern - auch Rom wurde nicht an einem Tage erbaut."

SPD. Die Deutschnationalen geben in Berlin ein Winkelblättchen heraus, das parteiamtlichen Charakter trägt. In der neuesten Nummer befindet sich neben vielem anderen Unkraut auf Seite 3 ein Aufruf "An die Arbeitnehmer innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei". Auf der nächsten Seite ist ein Aufruf "An die Herren Arbeitgeber" wiedergegeben.

Ein Berliner Blatt bemerkt dazu: Der Herr fängt bei der Hugenberg-Partei erst beim Arbeitgeber an!

SPD, Brüssel, 21. August (Eig. Drahtb.)

Der flämische Soldat De Leew, der vor einigen Monaten von einem Militärgericht in Lüttich zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt worden war, weil er sich geweigert hatte, die in französischer Sprache gegebenen militärischen Befehle auszuführen, ist am Donnerstag von dem Militärappellationsgericht in Brüssel freigesprochen worden. Seit dem Fall de Leew werden an flämische Soldaten sämtliche Kommandos in flämischer Sprache gegeben.

SPD, München, 21. August (Eig. Drahtb.)

Mit dem Rücktritt der bayerischen Regierung hat eine zehnjährige Periode ununterbrochenen Bürgerblockkurses vorläufig ein jähes Ende gefunden. Seit über 6 Jahren zeichnete der Ministerpräsident Dr. Held für die Regierungsgeschäfte verantwortlich. Das Ergebnis seiner Politik lässt sich in einem einzigen Wort zusammenfassen: Balkrott; in Zahlen ausgedrückt: ein Defizit von 152 Millionen.

Im Jahre 1925, nachdem die Regierung ein halbes Jahr im Sattel sass, erschien erstmalig ein ungedeckter Fehlbetrag von 37 Millionen Mark im bayerischen Etat, und seit dieser Zeit kennt man in Bayern keinen ausgeglichenen Haushalt mehr.

Die Regierung Held hat nie den Versuch gemacht, der beängstigend wachsenden Flut der Defizite einen Damm entgegenzustellen. Das Experiment mit der Schlachtsteuer, um die die Regierungsparteien monatelang feilschten und sich rauften, und die im günstigsten Falle acht Millionen Mark eingebracht hätte, kann man angesichts des 150 Millionen-Loches im Staatsäckel beim besten Willen nicht anders als ein untaugliches Flickstück ansehen. Nein, Herr Held und die Bürgerblöckparteien, zu denen auch der ausgesprungene Bauernbund gehört, haben nie einen ernsthaften Versuch unternommen, Ordnung in die Staatsfinanzen zu bringen. Es sei denn, man sähe als solchen Versuch die Bemühungen der bayerischen Regierung an, den ohnedies auf dem letzten Loch pfeifenden bayerischen Gemeinden fortgesetzt ungezählte Millionen abzuknöpfen, um sie in das Danaidenfass des Staates zu werfen. In der Zeit des Bürgerblocks konnten der Gruppen-Egoismus und die Interessenpolitik geradezu seltsame Formen annehmen. Zeitweise war es z.B. möglich, dass irgend eine Regierungspartei ohne ersichtliche zwingende Not Steuererleichterungen für einen einzelnen Stand durchsetzte, nur um Agitation treiben zu können. Das kostete den Staat immer viele Millionen, sodass der Finanzminister die Koalitionsparteien wiederholt beschwören musste, die Dinge nicht zu toll zu treiben. Leider immer erfolglos.

Zwei Dinge sind es vor allem, die dem bayerischen Staat wie Bleigewichte anhaften und jede Gesundung seiner Finanzen ausschliessen. Da sind zunächst 28 Millionen Mark, die Bayern alljährlich als freiwillige Leistungen der Kirche gewährt. Vor dem Kriege gab der Staat nur acht Millionen hin. Die Vervielfachung dieser splendiden Gabe ist das Werk des Bürgerblocks. Das zweite Bleigewicht ist ein unsinnig aufgeblähter Verwaltungsapparat, an dessen Abbau sich Herr Held trotz ernsthaftester Warnungen von sozialdemokratischer und anderer Seite bis heute noch nicht herangetraut hat. Einmal wollte Held mit der Staatsvereinfachung "stehen oder fallen". Gefallen ist aber nur die Staatsvereinfachung. Held selbst zog es vor, stehen zu bleiben. Einmal war er auch mit einer ständigen Ermächtigung des Landtages für die Vereinfachungsaktion ausgestattet. Geschehen aber ist bis heute nichts. Unvernünftige engstirnige Kirchturmsinteressen schreckten den Ministerpräsidenten vor jeder energischen Massnahme im Interesse des Staatsäckels zurück.

Nun ist das Kabinett Held über die Schlachtsteuer gestolpert. Der Wachsamkeit der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, dass der Ruhe- und Ordnungsparagraph der bayerischen Verfassung nicht gegen das Volk angewandt werden konnte und es gehört ein weites Gewissen dazu, deshalb der Sozialdemokratie die Verantwortung für die zerrütteten Staatsfinanzen aufzuhalsen. Andererseits wäre es aber ebenso falsch, dem aus dem Regierungskarren ausgesprungenen Bauernbund anzudichten, er habe plötzlich eingesehen, dass es in Bayern so nicht mehr weitergehen könne. Der Bauernbund hat sich sechs Jahre lang nichts dabei gedacht, dass das Defizit ins Gigantische wuchs. Seine Aktion gegen die Schlachtsteuer war lediglich von egoistischen Interessen und der Angst vor den Wählern geleitet. Diese Angst hat den Bauernbündlern plötzlich Mannesmut eingeflösst. Das gleiche trifft für die Gruppe der Deutschen Volkspartei zu. Dass etwa die Kommunisten oder Nationalsozialisten sich bei ihrem Vorgehen von den Interessen des Volksganzen leiten liessen, wird wohl im Ernst niemand behaupten wollen. Die einzelnen Gruppen der Schlachtsteuer-Gegner liessen sich also bei der Ablehnung von verschiedenartigen Motiven leiten und daraus ergibt sich von vornherein die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung innerhalb der Opposition.

Inzwischen ist die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion der Opposition mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Ob sie eine Regierung zustande bringen wird, ist angesichts der parlamentarischen Lage mehr als zweifelhaft. Das ungeheure Erbe, das der Bürgerblock hinterlassen hat, ist alles andere als ein Anreiz zur Initiative. Die einzige Möglichkeit, aus der völlig zerfahrenen Situation herauszukommen, liegt in der Landtagsauflösung und der Befragung des Volkes.

Dazu ist notwendig, dass mit der grösstmöglichen Beschleunigung an die Reform des vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig erklärten bayerischen Wahlrechts herangegangen wird.

SPD. Darmstadt, 21. August (Eig.Drahtb.)

Das hessische Innenministerium hat kürzlich ein Verbot von Auf- und Durchmärschen und Sammeltransporten für die radikalen Organisationen erlassen. Die Polizeiverwaltung Darmstadt hat dieses Verbot jetzt verahärft und angeordnet, dass für alle Organisationen bis auf weiteres Versammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel sowie Umzüge, Aufzüge und Durchmärsche und überhaupt jedes Marschieren in geschlossenen Gruppen in der Stadt Darmstadt von 20 Uhr bis 8 Uhr morgens wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten sind.

SPD. Paris, 21. August (Eig.Drahtb.)

Der Streik, der seit fast vier Wochen die Liller Textilindustrie brach legte, ist am Donnerstag mittag gegen 1 Uhr zu Ende gegangen. Die in der Nacht zum Donnerstag vom französischen Arbeitsminister vorgeschlagene Einigungsbasis, die die Forderungen der Arbeiter in weitgehendem Masse berücksichtigt, wurde von beiden Seiten, von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, am Donnerstag angenommen. Auf Wunsch der Arbeiterschaft hat sich Arbeitsminister Laval am Donnerstag nach Lille begeben, um die Einigungsverträge mit zu unterzeichnen. Durch die Einigung in der Liller Textilindustrie ist auch der Weg zur Beiligung des Konfliktes in Roubaix-Tourcoing sowie im Liller Metallgewerbe geebnet worden, sodass für die nächsten Tage mit der Wiederaufnahme der Arbeit im gesamten nördlichen Revier zu rechnen ist.

Der am Donnerstag stattgefundene Ministerrat hat den Arbeitsminister für seine ausserordentlich geschickte Vermittlung in dem Konflikt warm beglückwünscht.

SPD. Paris, 21. August (Eig.Drahtb.)

Einer Genfer Meldung des "Temps" zufolge wird in Völkerbundskreisen die Verschiebung des Beginns der diesjährigen Ratstagung vom 5. auf den 8. September erwogen. Da die Vollversammlung erst am 10. September zusammentritt, glaubt man, dass dem Völkerbundsrat zwei Tage genügen, um die Arbeiten der Vollversammlung vorzubereiten.

SPD. Amsterdam, 21. August (Eig.Drahtb.)

Die Vorstände der Sozialistischen Arbeiterpartei und des Niederländischen Gewerkschaftsbundes fordern in einem am Donnerstag veröffentlichten Manifest eine Besserung der Altersversicherung, der Arbeitslosenversicherung und eine gesetzlich geregelte Ferienwoche. Ferner protestieren sie gegen das von der holländischen Regierung eingebrachte Flottengesetz, das 200 Millionen Mark erfordert.

SPD. Zürich, 21. August (Eig.Drahtb.)

Die schweizerische Bundesregierung hat wieder einmal einen Beweis ihrer kleinlichen reaktionären Gesinnung und ihrer Liebedienerei gegenüber dem italienischen Faschismus geliefert. Sie hat den Sozialisten Pietro Nenni, der kürzlich auf dem Pariser Einigungskongress der italienischen Sozialisten zum Delegierten in der Exekutive der SAJ ernannt worden ist, das Einreisevisum zur Teilnahme

an der Züricher Tagung der Internationale verweigert. Das persönliche Eingreifen des derzeitigen Präsidenten der Internationale de Brouckère beim Bundesrat Häberlin, dem das Justizdepartement untersteht, ist erfolglos geblieben.

Begründet wird die Massnahme der schweizerischen Regierung mit der Tatsache, dass Nenni schon dreimal ohne Visum die Schweizer Grenze überschritten hätte. Die erste "illegale" Grenzüberschreitung durch Nenni erfolgte, als er über die Berge flüchtete, um den Verfolgungen in der Heimat zu entgehen. Die zweite und dritte entstanden aus kurzen, harmlosen Abstechern nach Zürich, um sich mit Parteifreunden zu besprechen, und nach Genf, um auf einer Feier zum 1. Mai das Wort zu ergreifen.

SPD. Braunschweig, 21. August (Eig. Drahtb.)

Ein Nationalsozialist, der am Sonntag an einer Schiesserei in Wolfenbüttel beteiligt war, wurde von dem Schnellrichter zu 24 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt hatte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über das Waffentragen vier Monate Gefängnis beantragt.

Im Verlauf der Schiesserei wurden zwei Arbeiter von Kugeln getroffen. Ein dritter Arbeiter wurde von den nationalsozialistischen Rowdies niedergeschlagen.

SPD. London, 21. August (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt, dass die Luftoffensive der anglo-indischen Flieger gegen die bis Peschawar vorgedrungenen Afridis vom 4. bis einschliesslich 15. August gedauert hat. Insgesamt waren die Flugzeuge 1835 Stunden unterwegs. Die Verluste der Afridis werden auf 50 Tote und 100 Verletzte geschätzt.

SPD. In einem Berliner bürgerlichen

Blatt lesen wir:

"Dass die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine richtige Partei für Handarbeiter mit Schwielen an den Fäusten, kurz eine Partei der Proletarier ist, beweist sie schon allein durch die Tatsache, dass sie einen Automobilklub und ein Automobilkorps unterhält. Bekanntlich fahren bei uns, ganz wie im Heimatlande Fords, alle Arbeiter im eigenen Opel zur Fabrik. Deshalb muss natürlich eine Arbeiterpartei, man begreift es vollkommen, einen eigenen Automobilklub haben. Das Dritte Reich weiss, was sich für Proleten gehört.

Die Arbeiter in der NSDAP heissen nicht August Wilhelm Piefke und nicht Karl Eduard Kulicke, sondern August Wilhelm von Preussen und Karl Eduard von Koburg-Gotha. Schon diese Namen bezeugen ihren rein proletarischen Ursprung. Jedes Kind in Deutschland weiss, dass diese Männer als Prinz und als Herzog am Schraubstock und Drehbank standen und als "ausgebeutete Lohnsklaven" im Dienste des jüdischen Kapitals fronen mussten, dass sie von ihrer Hände Arbeit schlecht und recht sich nährten. Und auch der Arbeiter Lietzmann und der Arbeiter von Epp führten jenes Jammerdasein, das nun mal nach Gottes unerforschlichem Rat-schluss eines richtigen Arbeiters Los hinielen ist.

Er wollte es daher diesen proletarischen Existenzen verdenken, dass sie, die ihr ganzes Leben so sauer gewerkelt haben, sich nach des Tages Last und Mühen in ihr ach so bescheidenes Autoklubheim begeben, als welches selbstverständlich in Potsdam liegt? Die marxistischen Arbeiter, die Sozis und die Moskowiter, gehen in die Destillen, wenn sie die Werkstatt verlassen, und versaufen ihren Wochenlohn in einem Dutzend Mollen. Sie wissen es eben nicht besser. Hin-gegen lenkt der Nazi-Arbeiter seine Schritte nach Feierabend in den Autoklub, wo er sich höchstens ein bescheidenes Gläschen Sekt gönnt.

Man braucht bloss diese Gegenüberstellung, um zu wissen, auf welcher Seite der bessere Sozialismus liegt.... "Auwi" und "Ede", die beiden Schwerarbeiter von Gottes Gnaden, empfingen neulich im Automobilklub der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einen richtiggehenden Grafen. Es war zwar nur ein italienischer, aber das tat dem proletarischen Empfinden keinen Abbruch. Der Senator Graf Gallenga, Präsident des Königlichen Automobilklubs von Rom, scheint sich im Kreise der Arbeiter sehr wohl gefühlt zu haben. Man trank Brüderschaft und daraus wurde ein Freundschaftsabkommen zwischen dem Nationalen Deutschen Automobilklub und dem Italienischen Touring-Klub. "Proletariar" im Mercedes, Fiat oder Rolls-Royce vereinigt Euch!...."

SPD. Königsberg, 21. August (Eig. Drahtb.)

Der Preussische Ministerpräsident Otto Braun, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratie Ostpreussens, sprach hier am Donnerstag abend in einer überfüllten öffentlichen Wahlversammlung.

Braun knüpfte einleitend an die Reichstagswahlen vom Jahre 1928 an und stellte fest, dass sich die sozialdemokratische Partei der Verantwortung nicht entzogen habe. "Sie hat - so fuhr Braun fort - die Leitung der Reichsgeschäfte trotz leerer Reichskassen und beginnender Wirtschaftskrise übernommen. Das wichtigste Ergebnis der Epoche dieser Beteiligung an der Regierung ist der Abschluss der Verhandlungen über den Youngplan, in dessen Gefolge finanzielle Erleichterungen eintraten und die Rheinkande vorzeitig von feindlicher Besatzung befreit wurden. Die Gründe für die Auflösung der Grossen Koalition liegen darin, dass die Deutsche Volkspartei glaubte, die Lösung des Finanzproblems nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratische Partei durchzuführen zu können, obwohl sie solange in der Koalition mitgearbeitet hatte. Das Zentrum gab den arbeiterfeindlichen Forderungen der Deutschen Volkspartei soweit nach, dass es zur Sprengung kommen musste. Das Kabinett Brüning ist nun ebenfalls an der Lösung des Finanzproblems gescheitert. Es ist nicht in der Lage, um mit Minister Dietrich zu reden, alle in ihm vereinigten "Interessentenhaufen" mit ihren Forderungen zu befriedigen.

Die deutsche Agrarkrise stellt einen Teil der Weltagrarkrise dar. Sie ist nicht durch einseitige Zollmassnahmen zu lösen. Graf Kanitz hat durchaus Recht, wenn er als Reichsernährungsminister im März 1925 im Industrieklub in Düsseldorf erklärte, dass prohibitiv wirkende Zölle eine Faulheitsprämie wären, die sich weder die Landwirtschaft noch andere Berufszweige heute in Deutschland gestatten können. Die Agrarkrise kann nur, wie auch der Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer Dr. Brandes auf der Eröffnung der 18. Deutschen Obstmesse in Königsberg ganz zutreffend erklärte, durch einen geregelten Absatz gelöst werden. Die Wirtschaftspolitik des Reichsernährungsministers bewegt sich zurzeit nicht auf diesen Bahnen und führt, wie die Verhandlungen über den finnischen Handelsvertrag zeigen, zu einer Schädigung der deutschen Gesamtwirtschaft, ohne den deutschen Produzenten Nutzen zu bringen. Was die Osthilfe anbelangt, so steht fest, dass die preussische Regierung ihre Sorge darauf richtet, durch die Reichstagsauflösung keine Verschleppung eintreten zu lassen, weil es nicht möglich ist, die Mittel hierzu unter Heranziehung des Artikels 48 zu beschaffen. Es kommt der preussischen Regierung auf die Forderungen der gesamten Wirtschaftskreise in den östlichen Grenzgebieten an. Aus diesem Grunde hat sie sich zur Hergabe der 100 Millionen unter Beteiligung des Reiches an der Bürgschaftsübernahme bereit erklärt, während gewissen Deutschnationalen mehr an der Sanierung überschuldeter Grossgrundbesitze liegt. Diese Bestrebungen sind auch der Grund dafür, dass man versuchte, die preussische Regierung bei der Durchführung der Osthilfe auszuschalten. Die preussische Koalition und die Sozialdemokratische Partei sind aber bereit, unter voller Verantwortung ihre Kraft einzusetzen, die in ihrer Gesamtheit so schweren und komplizierten Ostprobleme zu lösen."

Man braucht bloss diese Gegenüberstellung, um zu wissen, auf welcher Seite der bessere Sozialismus liegt.... "Auwi" und "Ede", die beiden Schwerarbeiter, von Gottes Gnaden, empfingen neulich im Automobilklub der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einen richtiggehenden Grafen. Es war zwar nur ein italienischer, aber das tat dem proletarischen Empfinden keinen Abbruch. Der Senator Graf Gallenga, Präsident des Königlichen Automobilklubs von Rom, scheint sich im Kreise der Arbeiter sehr wohl gefühlt zu haben. Man trank Brüderschaft und daraus wurde ein Freundschaftsabkommen zwischen dem Nationalen Deutschen Automobilklub und dem Italienischen Touring-Klub. "Proletariat" im Mercedes, Fiat oder Rolls-Royce vereinigt Euch!...."

SPD. Königsberg, 21. August (Eig. Drahtb.)

Der Preussische Ministerpräsident Otto Braun, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratie Ostpreussens, sprach hier am Donnerstagabend in einer überfüllten öffentlichen Wahlversammlung.

Braun knüpfte einleitend an die Reichstagswahlen vom Jahre 1928 an und stellte fest, dass sich die sozialdemokratische Partei der Verantwortung nicht entzogen habe. "Sie hat - so fuhr Braun fort - die Leitung der Reichsgeschäfte trotz leerer Reichskassen und beginnender Wirtschaftskrise übernommen. Das wichtigste Ergebnis der Epoche dieser Beteiligung an der Regierung ist der Abschluss der Verhandlungen über den Youngplan, in dessen Gefolge finanzielle Erleichterungen eintraten und die Rheinkande vorzeitig von feindlicher Besatzung befreit wurden. Die Gründe für die Auflösung der Grossen Koalition liegen darin, dass die Deutsche Volkspartei glaubte, die Lösung des Finanzproblems nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratische Partei durchführen zu können, obwohl sie solange in der Koalition mitgearbeitet hatte. Das Zentrum gab den arbeiterfeindlichen Forderungen der Deutschen Volkspartei soweit nach, dass es zur Sprengung kommen musste. Das Kabinett Brüning ist nun ebenfalls an der Lösung des Finanzproblems gescheitert. Es ist nicht in der Lage, um mit Minister Dietrich zu reden, alle in ihm vereinigten "Interessentenhaufen" mit ihren Forderungen zu befriedigen.

Die deutsche Agrarkrise stellt einen Teil der Weltagrarkrise dar. Sie ist nicht durch einseitige Zollmassnahmen zu lösen. Graf Kanitz hat durchaus Recht, wenn er als Reichsernährungsminister im März 1925 im Industrieklub in Düsseldorf erklärte, dass prohibitiv wirkende Zölle eine Faulheitsprämie wären, die sich weder die Landwirtschaft noch andere Berufszweige heute in Deutschland gestatten können. Die Agrarkrise kann nur, wie auch der Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer Dr. Brandes auf der Eröffnung der 18. Deutschen Obstmesse in Königsberg ganz zutreffend erklärte, durch einen geregelten Absatz gelöst werden. Die Wirtschaftspolitik des Reichsernährungsministers bewegt sich zurzeit nicht auf diesen Bahnen und führt, wie die Verhandlungen über den finnischen Handelsvertrag zeigen, zu einer Schädigung der deutschen Gesamtwirtschaft, ohne den deutschen Produzenten Nutzen zu bringen. Was die Osthilfe anbelangt, so steht fest, dass die preussische Regierung ihre Sorge darauf richtet, durch die Reichstagsauflösung keine Verschleppung eintreten zu lassen, weil es nicht möglich ist, die Mittel hierzu unter Heranziehung des Artikels 48 zu beschaffen. Es kommt der preussischen Regierung auf die Forderungen der gesamten Wirtschaftskreise in den östlichen Grenzgebieten an. Aus diesem Grunde hat sie sich zur Hergabe der 100 Millionen unter Beteiligung des Reiches an der Bürgschaftsübernahme bereit erklärt, während gewissen Deutschnationalen mehr an der Sanierung überschuldeter Grossgrundbesitze liegt. Diese Bestrebungen sind auch der Grund dafür, dass man versuchte, die preussische Regierung bei der Durchführung der Osthilfe auszuschalten. Die preussische Koalition und die Sozialdemokratische Partei sind aber bereit, unter voller Verantwortung ihre Kraft einzusetzen, die in ihrer Gesamtheit so schweren und komplizierten Ostprobleme zu lösen."

Ministerpräsident Braun ging dann auf die Notverordnungen der Reichsregierung ein und legte seinen Standpunkt hinsichtlich der formalen Berechtigung eingehend dar: Die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung waren keineswegs gegeben, weder war die Ruhe und Ordnung gestört noch gefährdet. Aber selbst wenn das der Fall gewesen wäre, hätte die Einführung der Kopfsteuer, einer Krankenscheinegebühr und die Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung wohl kaum beruhigend gewirkt. Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, dass ich in Preussen durch Erlasse von Notverordnungen das gleiche tue, was ich beim Reich kritisiere, so liegt darin eine völlige Verkennung des Tatbestandes. Ich habe mich stets gegen die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gewendet, was insbesondere aus meinem Schriftwechsel mit dem Reichskanzler Marx unter der Reichspräsidentschaft Eberts hervorgeht. Nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wird man im Reichstag vor den gleichen Problemen stehen wie bei seiner Auflösung. Der Reichstag wird zu den inzwischen erlassenen Notverordnungen Stellung nehmen müssen. Verschiebt sich die Zusammensetzung des Reichstages nicht wesentlich zu Gunsten der Regierung Brüning, so bleibt ihr keine andere Wahl, als entweder mit Hugenberg oder mit der Sozialdemokratie zusammen an die Lösung der Probleme heranzugehen. Nach Oldenburg-Januschaus Ausführungen will man auf der Rechten das alte Preussen wieder haben, mit seiner Einfachheit und Sparsamkeit. Hinter dieser Parole verbirgt sich aber nur der Wunsch, dass die Adligen die Leitung der Staatsgeschäfte haben sollen, und der Glaube, dass nur sie zur Führung berufen seien. Die altpreussische Sparsamkeit war aber nur eine Sparsamkeit nach unten und sie wurde nur propagiert, um zu verhindern, dass der Grossgrundbesitz seine schlecht bezahlten Landarbeiter versorgt. Der Kampf Hugengeburs um die Sprengung der preussischen Koalition hat das Streben des Junkertums um die Vorherrschaft ins rechte Licht gerückt. Man hat sich aus taktischen Gesichtspunkten der Beamten angenommen, und gegen die Verordnung opponiert, durch die es den Beamten und Angestellten des Staates verboten wurde, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder der Kommunistischen Partei anzugehören. Diese Verordnung ist aber gerechtfertigt; denn es ist mit der Treuepflicht eines Beamten nicht zu vereinbaren, dass er der Opposition angehört, die auf den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmässigen Regierung hinarbeitet.

Die endgültige Ordnung der Reichsfinanzen ist ein sehr schwerwiegendes Problem. Es ist sehr leicht möglich, dass wir im Reich im Herbst vor einem neuen Defizit stehen, weil zu den sinkenden Steuereinnahmen infolge der rückläufigen Wirtschaftskonjunktur trotz der Ermässigung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung mit ernststen Mehrausgaben zu rechnen ist. Denn vielleicht steigt das Heer der Arbeitslosen auf die Zahl von drei Millionen an. Mit Lohnherabsetzungen ist auch hier nichts zu erreichen, denn sie verhindern die Kaufkraft und steigern die Arbeitslosigkeit. Lohnherabsetzungen erhöhen auch die Exportmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft nicht, weil in den anderen Ländern die gleiche Arbeitslosigkeit besteht und das begreifliche Bestreben darauf gerichtet ist, auch dort den Export zu erhöhen. Tatsache ist, dass die wirtschaftliche Misere das ganze deutsche Volk vor eine Aufgabe stellt, die nur durch die verständnisvolle und opferbereite Zusammenarbeit aller Volkskreise gelöst werden kann.

Aussenpolitisch wird ganz zwangsläufig der bisherige Kurs fortgesetzt werden müssen. Mit inhaltslosen Tiraden und zugkräftigen Phrasen kann man wohl politisch ungeschulte Menschen begeistern, nicht aber die durch das Diktat von Versailles geschaffene prekäre Lage erleichtern. Mit solchen rethorischen Kraftmeiereien wird weder das Saargebiet befreit noch die ohne Volksbefragung gewaltsam geschaffenen Grenzen im Osten beseitigt. Durch sie wird auch die finanzielle Last, die nach dem Youngplan auf uns ruht, nicht um einen Groschen erleichtert. Sie sind nur geeignet, Unruhe im Ausland auszulösen und dadurch die friedliche Aenderung unmittelbarer Bestimmungen des Friedensdiktates, die nur nach den Geboten der Vernunft im Wege der Verständigung erfolgen kann, zu erschweren.

In einem Zeitungsartikel hat Herr Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, dieser Tage zur Sammlung für eine grosse Staatsbürgerpartei gegen die Sozialdemokratie aufgerufen. Das ist eine starke Ueberheblichkeit; denn durch

diesen Auf uf der Staatsbürger gegen die Sozialdemokraten spricht er demfast zehn Millionen Wählern der Sozialdemokratischen Partei die Staatsbürgereigenschaft ab. Scholz spricht unter diesen zehn Millionen allen, die im Kriege geblutet und gehungert, die nach dem Zusammenbruch den Zusammenhalt des Reiches gesichert und das Deutsche Reich vor dem bolschewistischen Chaos bewahrt haben. die Eigenschaft ab, Staatsbürger zu sein. Glaubt der Führer der Deutschen Volkspartei ihnen die Staatsbürgereigenschaft absperehen zu können, nur weil sie nicht wie er und seine Parteifreunde in der Privatwirtschaft eine geheiligte Institution und im kapitalistischen Profit des Lebens höchstes Ziel erblicken? Die SPD kann dem Aufmarsch des politischen Heerbanners privatkapitalistischer Interessenvertreter mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. In den Tagen des Wahlkampfes geht es um Republik und Demokratie, um den wirtschaftlichen Aufstieg des Volkes, um die Frage, wie die demokratische Republik durch das gleiche Mitbestimmungsrecht aller Volksgenossen erhalten bleibt. Es handelt sich darum, ob sich die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung nach den Gesichtspunkten des krassen privatkapitalistischen Egoismus und hemmungslosen individuellen Profitstrebens vollziehen soll oder ob die alle Erwerbstätigen in Stadt und Land berücksichtigenden Tendenzen der Sozialdemokratischen Partei zur Geltung kommen sollen.

SPD. Dresden, 21. August (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der Uralzeff-Affäre wurde in Marburg a.d. Lahn der Kasseler Rechtsanwalt und Notar Steinmetz verhaftet und dem Dresdner Untersuchungsgefängnis zugeführt-

SPD. London, 21. August (Eig. Drahtb.)

Im "Star", dem grossen liberalen Londoner Abendblatt, gibt am Donnerstag der Manager der aus Deutschland zurückgekehrten englischen Arbeiter-Fussballmannschaft die Eindrücke wieder, die die 14-tägige Spielreise und die Wettkämpfe mit den deutschen Arbeiter-Fussballvereinen bei den Engländern hinterlassen haben. Die in ihrer Heimat bestens bekannte und sportlich hoch geschätzte englische Mannschaft ist der Ansicht, "Die deutschen Gegner spielten ehrenhaft und wundervoll. Wir können ihnen nicht mehr viel vormachen." Die prächtige Organisation des deutschen Arbeiter-Sports, die Begeisterung der den Kämpfen zuschauenden Menschenmassen, die Sportplätze und ihre Einrichtungen, der Empfang der Gäste in Kassel, Stuttgart, München und vor allem in Nürnberg und die dortige mit dem Spiel verbundene von 40 000 Menschen besuchte Friedenskundgebung, alles dies erfüllte die Engländer mit der grössten Bewunderung. Was sie im "Star" immer wieder mit Hochachtung hervorheben sind die glänzenden Leistungen des deutschen Arbeitersports, dessen Spielstand höher sei als der der besten englischen Amateurvereine.

SPD. Paris, 21. August (Eig. Drahtb.)

Aus offiziöser Quelle wird mitgeteilt, dass Briand die Herausgabe eines Blau-Buches vorbereitet, in dem sein Paneuropa-Memorandum und die Antworten der 26 Staaten veröffentlicht werden sollen. Zugleich wird Briand dem Völkerbundessekretariat noch vor Beginn der Herbsttagung einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse seiner Aktion unterbreiten. Dieser Bericht wird vorher nicht an die einzelnen Staaten versandt werden. Er wird daher im Rahmen der Völkerbundstagung selbst zur Diskussion kommen.

SPD. London, 21. August (Eig. Drahtb.)

Einer der ältesten Menschen, der Ire James Donaghy, ist am Donnerstag im Alter von 112 Jahren gestorben. 1929 leistete er noch Landarbeiten.

SPD. London, 21. August (Eig. Drahtb.)

An der Küste von Cornwall bei Polperro sind der konservative Unterhausabgeordnete und ehemalige Bergbauminister H.D. King und die von ihm zu einer Yacht-Partie eingeladenen Gäste ertrunken. Beglaubigte Einzelheiten über die Zahl der an Bord befindlichen Personen und wie sich das Unglück ereignete, sind noch nicht bekannt, da es der im Kanal herrschende Sturm und die hochgehende See verhindern, die auf den Wellen tanzende Yacht zu bergen. King hatte das Segelboot für mehrere Tage gemietet und mehrerer seiner Freunde zu der Fahrt eingeladen. Festgestellt ist, dass das Fahrzeug über die Felsen geschleudert wurde und die an Bord befindlichen Personen ins Meer gespült wurden. Sechs bis sieben Tote können als sicher angenommen werden. Unter ihnen befindet sich auch der Kapitän und ein Matrose. Leuchtturmwärter wollen weibliche Schreie gehört haben. Ob sich jedoch auch weibliche Personen an Bord befunden haben ist vorläufig noch unbekannt.

Aus aller Welt

Mörderin Suzanne.

Das Liebesverhältnis des Chefs - Die Favoritin wird vom Thron gestossen - Blutige Rache der Verlassenen.

SPD. Suzanne Leraux ist erst 19 Jahre alt und doch schon eine Mörderin: enttäuschte Liebe zwang ihr den Revolver in die Hand, mit dem sie Herrn Portalis, einen Griechen, der ihr Chef war, niederstreckte. Jetzt wartet Suzanne auf ihre Aburteilung.

Das schöne schwarzhaarige Mädchen mit grossen dunklen Augen, edel geformten klassischen Lippen, feinen Händen und einer zierlichen Figur war bereits mit 17 Jahren die Geliebte des Herrn Portalis geworden. Herr Portalis, ein Grieche mit trüber Vergangenheit, Friseur in einer belebten Pariser Strasse, war ihr Chef. Suzanne sass an der Kasse. Sie war umso glücklicher, als ihr Herr Portalis die Heirat versprochen hatte...

Auch im Dasein schöner Mädchen taucht plötzlich das Verhängnis, die Tragik auf: Herr Portalis hatte eine noch schönere Freundin gefunden, das gute Einvernehmen zwischen ihm und Suzanne verkehrte sich in das Gegenteil, er traf Vorbereitungen, die bisherige Favoritin zu stürzen. Suzanne wurde krank vor Kummer, Herr Portalis nahm, nicht ungern wohl, die Gelegenheit wahr, sie auf drei Monate ins Krankenhaus zu schicken. Hin und wieder kam der Chef noch zu Besuch, aber aus der Liebe war nur noch Interesse geworden, und selbst das Interesse nahm von Tag zu Tag ab. Als das Mädchen entlassen wurde, ins Geschäft, an ihren Kassenplatz zurückkehren wollte, da wartete seiner eine schmerzliche Überraschung: an der Kasse sass eine neue Dame, es war die nächste Geliebte des Herrn Portalis.

Im allgemeinen pflegt sich in solch einem traurigen Falle die Verstossene mit der betrüblichen Feststellung der Tatsachen weinend zu begnügen und den treulosen Geliebten seinem Schicksal zu überlassen. In Paris denken enttäuschte Liebende über dieses Problem oftmals anders. Suzanne verliess den Laden des Herrn Portalis und betrat eine Waffenhandlung. Eigenartig genug: trotzdem durchschnittlich jeden Tag in Frankreich drei Menschen erschossen werden, denkt der Staat nicht daran, den Verkauf von Revolvern von dem Besitze eines Waffenscheines abhängig zu machen. Vielleicht vermutet man, dass rachedurstige Frauen auf jeden Fall Mittel und Wege finden würden, eine Mordwaffe in die Hand zu bekommen. Suzanne kaufte einen Browning. Die Waffe war klein, konnte bequem in der Handtasche verborgen werden. Suzanne suchte die Pension auf, in die sie vor drei Monaten zusammen mit ihrem Chef gewohnt hatte. Aber Meister Portalis hatte diese Wohnung bereits verlassen. Doch schon nach einer Stunde klopfte es an der neuen Wohnung, deren Adresse Suzanne rasch ausfindig gemacht hatte. Niemand öffnete. Offenbar war Herr Portalis ausgegangen. Aber Suzanne wollte sich rächen, sofort, also wartete sie. Als gegen neun Uhr abends Herr Portalis kam, da war er nicht allein. Er hielt am Arm "die Neue"...

Erhobenen Revolvers trat Suzanne dem Paar entgegen. Ein Aufkreischen, ein Schreien durchtobte das Haus. Die Rivalin floh entsetzt. Herr Portalis zitterte am ganzen Leibe, die Füsse versagten ihm den Dienst. Drei Schüsse alamierten die Bewohner des Hauses: am Boden lag tot Herr Portalis - daneben stand Suzanne Leroux, die Mörderin, kaltblütig lächelnd hielt sie den rauchenden Revolver in der Hand.

Wörtlich sei hier die erste Aussage wiederholt, die die Mörderin bei ihrer Verhaftung zwei Minuten nach der Tat machte: "Ich wollte mich an dem

Mann, der mich sitzen gelassen hatte, rächen. Er hatte mich schon lange schlecht behandelt. Er schlug mich, er trat mich und, was schlimmer war als alles andere, er betrog mich. Ich habe alles erduldet. Als ich krank wurde, liess er durchblicken, dass in unseren Beziehungen alles zu Ende sei. Und als ich wieder kam, da sah ich schon die neue Geliebte an der Kasse: sitzen, an meinem Platz. Ich bemerkte, wie sie sich zulächelten. Da kannte ich nur noch ein Gefühl: Rache! Rache! Ich wollte ihn eigentlich nicht erschiessen, sondern ihn nur strafen, indem ich vor seinen Augen Selbstmord verübte. Als ich ihm gegenüber trat und sein verächtliches Lächeln sah, da gingen mir die Nerven durch. Ich schoss den Treulosen nieder...."

"Um Selbstmord zu verüben", das hört man auf die Frage nach dem Motiv des Waffenkaufs sehr oft von jeden Mörderinnen aus Leidenschaft, von denen häufig die Spalten der Pariser Zeitungen berichten. Manchmal glaubt man ihnen das, besonders wenn sie hübsch und jung sind und wenn umgekehrt der Leumund des Ermordeten nicht sehr schmeichelhaft klingt - dann werden sie freigesprochen. Manchmal glaubt man es ihnen nicht - dann schliessen sich die Gefängnistore hinter ihnen auf wenige Jahre.

Suzanne Leroux wird aller Voraussicht nach freigesprochen werden. Und eine glänzende "Partie" ist ihr so gut wie sicher, denn Frauen von "echtem" Temperament sind noch immer sehr gesucht in Paris.

+ + +
Kinderseuche in Deutschland.

2 Fälle von Kinderlähmungsepidemie auch in Berlin beobachtet - Todesfälle in Frankreich - Alarmmeldungen aus dem Süden des Reiches - Worauf Mütter aufpassen müssen.

SPD. Seit einigen Tagen häufen sich die aus Süddeutschland, besonders aus Württemberg und Baden kommenden Meldungen, die ein Fortschreiten der Zahl der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung melden. Aussergewöhnlich pessimistisch lauten die Nachrichten aus dem französischen Rheingebiet; im Oberelsass beläuft sich die Zahl der Erkrankungen bereits auf mehr als 300 Fälle. In Lille verzeichnet man 5 Todesfälle, in Paris 17 Erkrankungen. Jetzt ist auch in Berlin ein Obertertianer des Paulsen-Realgymnasiums in Steglitz von spinaler Kinderlähmung befallen worden, ferner ein junges Mädchen einer benachbarten Gemeindeschule. Das Gesundheitsamt traf sofort alle notwendigen Vorsichtsmassnahmen, um eine weitere Verbreitung der Seuche zu verhindern. Die Schule wurde gründlich desinfiziert, die Klasse des Erkrankten geschlossen.

Die "Hochsaison" der Seuche.

Einheitlich kann immer wieder beobachtet werden, dass die Kinderlähmungen eine ausgesprochene Erkrankung des Sommers und des Herbstes, insbesondere des Spätsommers und des Frühherbstes - August, September - ist. Damit ist allerdings nicht gesagt, dass in diesen Monaten immer der Höhepunkt einer Epidemie liegt, aber für die Aerzte kommt das Aufflackern der Kinderlähmung in diesen Wochen jedenfalls nicht überraschend. Es muss dabei betont werden, dass die Kinderlähmung auch Erwachsene ergreifen kann. Die Kinder sind aber zahlenmässig bei weitem am stärksten beteiligt. Die Geschlechter werden gleichmässig befallen. Kräftige und gesunde erkranken nicht weniger als Kranke und Schwächliche. Bemerkenswerter Weise begünstigt auch unhygienische Lebensweise durchaus nicht die Entstehung der Erkrankung. Das Leiden befällt gleichermassen die Kinder Armer und Reicher. Das Krankheitsbild ist kaleidoskopartig bunt, obwohl der Erreger ein einheitlicher ist und schliesslich im Vordergrund die Erscheinungen stehen, die auf die Erkrankung des Rückenmarks (Spina) zurückzuführen sind. Alte englische Aerzte erblickten ein wesentlichstes Merkmal der Kinderlähmung in ihrem plötzlichen und gänzlich unvermittelten Einsetzen, was auch in der Bezeichnung "Morgenlähmung" zum Ausdruck kam. Die modernen kli-

nischen Erfahrungen haben aber gezeigt, dass eine Reihe von Früh-Symptomen, die ganz verschieden und nacheinander auftreten können, doch auf eine mögliche Erkrankung hinweisen.

Was gibt es für Frühsymptome?

Solch eine Frühererscheinung ist Fieber, das ein bis mehrere Tage dauern kann. Manchmal auch eine Woche. Meist ist die Höhe des Fiebers nicht sehr beträchtlich, der Puls ist beschleunigt, manchmal treten Ausschläge auf, die zu Schuppung führen können. Ausser diesen allgemeinen Krankheitsvorläufern stellen sich häufig Erkrankungen der oberen Stenwege in Form von Schnupfen, Halsentzündung, Bindehautentzündung, auch Entzündung der Mundschleimbaut ein. Nicht selten sind in anderen Fällen Erscheinungen, die auf Erkrankungen des Magendarms zurückzuführen sind. Dazu häufig nervöse Erscheinungen. Das Charakteristischste ist eine auffallende Schmerzhaftigkeit des ganzen Körpers. Starke Verdriesslichkeit, weinerliche Stimmung der kleinen Patienten, ausserordentliche Empfindlichkeit schon gegen einfache Berührungen auch der leisesten Art. Oft schreien die Kinder schon, wenn sie nur die Absicht erkennen, dass sie angefasst werden sollen. Glieder, Nacken und Rückenschmerzen, Neigung zum Schwitzen sind in der Mehrzahl der Fälle zu beobachten. Nach diesen Vorerscheinungen treten die Lähmungserscheinungen auf.

Zeitig den Arzt holen!

Ein Arzt muss die weitere Behandlung übernehmen. Was die Heilungsaussichten betrifft, so kann man heute sagen, dass leider in einem nicht geringen Prozentsatz der Fälle die Erkrankung tödlich verläuft. Ueberlebende Fälle kommen meistens zu völliger oder doch mindestens teilweiser Ausheilung. Wodurch die Verschiedenartigkeit der Fälle bedingt ist, ist noch nicht ganz klar. Sicher spielt die wechselnde Bösartigkeit der verschiedenen Epidemien eine Rolle. Die meisten Todesfälle ereignen sich am vierten bis fünften Tage.

Der Erreger der spinalen Kinderlähmung ist ein an der Grenze der Sichtbarkeit stehender lebender Organismus, der aber noch nicht exakt wissenschaftlich erforscht und bekannt ist. Die Eingangspforte für den Erreger sind offenbar die oberen Atemwege, in anderen Fällen vielleicht auch der Magendarmkanal.

Der Erreger auch bei Gesunden.

Wichtig ist, dass dieser Erreger nicht nur im Mund und Rachen von Kranken, die Lähmungen zeigen, sondern auch bei ganz leicht Erkrankten gefunden wird, die häufig nicht in ärztliche Behandlung kommen. Ja, auch bei der gesunden Umgebung von Kinderlähmungskranken kann der Erreger der Krankheit im Mund und Rachenschleim gefunden werden. Die Uebertragung der Krankheit geschieht von Mensch zu Mensch, und zwar so, dass der Berührung mit dem Erreger zeitlich nicht unmittelbar die Erkrankung erfolgt. Die Länge dieser Zeit (Inkubationszeit) ist nicht in allen Fällen gleich. Sie beträgt durchschnittlich etwa eine Woche, in der Regel nicht unter fünf und nicht über zehn Tage.

Es gibt nur wenig Schutz.

Der Schutz vor der Kinderlähmung mit Hilfe hygienischer Massnahmen ist sehr schwierig, zumal ja, wie schon erwähnt, die Uebertragung auch durch ganz leichte Fälle durch Geheilte und sogar durch Gesunde stattfinden kann. Daher ist es auch schwer, mit öffentlich rechtlichen Massnahmen gegen die Seuche vorzugehen. Man wird in Zeiten grosser Epidemien die Schulen schliessen, zumindestens wird man die Geschwister der Erkrankten vom Schulbesuch fernhalten müssen. Persönlich können wir uns in Epidemiezeiten vielleicht dadurch schützen, dass wir eine besonders sorgfältige Mundpflege treiben. Bei der erwähnten Möglichkeit, dass auch der Magendarm als Eintrittspforte dienen kann, sind Diätfehler tunlichst zu vermeiden. Auf alle Fälle ist in irgend welchen Zweifelsfällen sofort ärztlicher Rat einzuholen.

+ + +

Bayreuther Bilanz. Im Juli und August haben rund 10 000 Fremde die Bayreuther Festspiele besucht. Davon war ein Zehntel Amerikaner. Die für 21 Vorstellungen vergebenen 33 500 Eintrittskarten brachten eine Einnahme von 950 000 Mark.

+ + +

Geraubte Arbeitslosengelder. Am Donnerstag mittag drangen vier junge Burschen durch ein Fenster der Bezirkskasse Berlin-Wilmersdorf ein und raubten 25 000 Mark. Einer der Räuber konnte verhaftet werden. Es wurden bei ihm noch 18 000 Mark vorgefunden. Es handelt sich um Gelder, die an Arbeitslose zur Auszahlung gelangen sollten. Der Überfall war raffiniert vorbereitet: beispielsweise war der Türgriff des Kassenzimmers vom Gang aus vorher mit einer Kette an einem Haken verschlungen worden, sodass es nicht möglich war, den Kas senraum von innen zu öffnen. Infolgedessen mussten auch die beraubten Beamten durch das Fenster über die Leiter ins Freie klettern, was die Verfolgung sehr erschwerte. An der aufregenden Diebesjagd durch die Strassen beteiligte sich auch das Publikum. Der festgenommene Räuber ist der 25jährige wohnungs- und erwerbslose Wilhelm Krüger; er behauptet, die fehlenden 7 000 Mark auf der Flucht verloren zu haben. Tatsächlich wurde beobachtet, wie Krüger auf der Flucht mehrfach Geldbündel fortwarf, um sich dadurch der Verfolgung durch das Publikum, das die Geldscheine fleissig auffas, zu entziehen. Seine Komplizen will Krüger nicht kennen.

+ + +

Neue George Grosz-Prozesse. Drei neue Prozesse, in denen es um die künstlerische und moralische Anerkennung der Werke des antimilitaristischen und antikirchlichen Zeichners George Grosz geht, stehen bevor. Anklage erhoben wurde gegen den Kunstmaler Frankenbach und gegen den kommunistischen Abgeordneten Maslowski, die eine von Frankenbach angeforderte Vergrößerung des bekannten George Grosz-Bildes "Christus mit der Gasmaske" auf der kommunistischen Ifa-Schau in Berlin ausgestellt hatten. Ferner schwebt in Gleiwitz ein Gotteslästerungsprozess gegen einen Buchhändler, der eine Bildermappe mit bereits inkriminierten Zeichnungen des Künstlers in seinem Schaufenster ausgestellt hatte.

+ + +

Entführung einer Mumie. Die Düsseldorfer Polizei hat sich genötigt gesehen, die Bestattung einer Italienerin zwangsweise anzuordnen. Die groteske Massnahme hat eine Vorgeschichte, in der die tragische Hauptrolle ein Italiener, der Inhaber einer Düsseldorfer Weinimportfirma, spielt. Vor einem Jahre starb die gleichfalls italienische Frau des Weinhändlers gelegentlich eines Aufenthaltes in ihrem Heimatland. Der unglückliche Witwer, der offenbar eine äusserst glückliche Ehe geführt hatte, entschloss sich, die Leiche "dem Tode abzutrotzen" wie er sagte. Sie wurde in Italien mit Hilfe von Formalin und Sublimat mumifiziert und vor etwa Monatsfrist nach Düsseldorf verfrachtet, wo sie der treue Gatte in seinem Haushalt verborgen hielt. Die Mumie lag in einem von einem Eichensarg umgebenen Zinksarg; ein schmales Fenster gewährte Einblick. Tag für Tag verbrachte der Italiener mehrere Stunden am Sarge seiner Frau und beklagte weinend immer von neuem ihren Tod. Allmählich wurde allerdings den Hausangestellten des Italieners die Sache ein bisschen unheimlich. Als sie anfangen, sich vor der Leiche zu fürchten, kam die Sache an die Öffentlichkeit und so auch zur Kenntnis der Gesundheitspolizei, die nunmehr auf Grund des preussischen Gesetzes, das in jedem Falle die Bestattung von Leichen verlangt einschreiten wollte. Aber der Italiener weigerte sich aufs heftigste zur Herausgabe der Mumie. Der Polizei blieb infolgedessen nichts übrig als die zwangsweise "Entführung".



Neurode und Neurose.

SPD. Der Arger über die Ohrfeige, die das Reichsarbeitsministerium den Christen für ihre Hetze in der Frage der Unterstützung für die Hinterbliebenen, der im Neuroder Revier verunglückten Bergleute verabfolgt wurde, hat den "Deutschen", das Organ der christlichen Gewerkschaften, vollkommen rabiat gemacht. Er leidet nunmehr ganz offenbar an krankhaften Zwangsvorstellungen. Der Hass gegen die Sozialdemokratie hat die Nerven seiner Redaktion zweifellos arg mitgenommen. Er schreit daher schon wieder: "Ein unerhörter Skandal - Nochmals: Um die Neuroder Sammelgelder."

Der Neuroder "Skandal" soll nach dem "Deutschen" noch immer in folgendem bestehen: Zur vorbereitenden Sitzung zwecks Klärung der Sammelgelderverteilung sei von allen politischen Parteien nur der sozialdemokratische Parteisekretär eingeladen worden. Der Vorsitzende des Ausschusses des Neuroder Fonds sei der sozialdemokratische Landrat, der ein starkes Bedürfnis habe, mit dem Gelde kommunale Aufgaben zu lösen. Im Ausschuss sei ein sozialdemokratisches Betriebsratsmitglied der Wenzeslausgrube, aber kein Vertreter der christlich organisierten Bergleute. Mitglied des Ausschusses sei eine Vertreterin der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, der verdienstvolle Charitasverband in Neurode aber, habe keinen Vertreter erhalten. Die Wohlfahrtsausschüsse der christlichen Arbeiterschaft seien ohne Vertretung geblieben. Der Ausschuss habe so eine sozialdemokratische Mehrheit und deshalb könne die Verteilung der Gelder nach sozialdemokratischen Neigungen vorgenommen werden. Die von der sozialdemokratischen Parteiorganisation gesammelten Gelder seien dem Sammelfond nicht zugeführt, sondern von der Sozialdemokratie bereits unter ihre Leute verteilt worden.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Bei der vorbereitenden Sitzung handelte es sich um eine erste Zusammenkunft, an der rund 50 Personen als Vertreter aller Stellen anwesend waren, die überhaupt Mittel bekommen haben konnten. Der sozialdemokratische Parteisekretär ist nicht als solcher zu dieser Sitzung geladen worden, und im übrigen waren auch Vertreter der christlichen Organisationen erschienen.

Der Vorsitzende des Ausschusses ist ein sozialdemokratischer Landrat. Das ist aber noch kein Missgriff; denn er kann über die Mittel nicht nach Gutdünken verfügen, da, wie das Reichsarbeitsministerium festgestellt hat, für die Verwaltung und Verwendung des Neuroder Fonds ein Arbeitsausschuss gebildet wurde, dem neben den Vertretern der Spender auch Vertreter der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der charitativen Verbände angehören.

Die Behauptung, durch geschicktes Lavieren seien die christlichen Gewerkschaften und die Charitas von der Vertretung im Verteilungsausschuss ausgeschlossen worden, entspricht keineswegs den Tatsachen. Bei der Besetzung des Ausschusses hatte sich weder von der Charitas noch von den anderen christlichen Verbänden jemand mit Vorschlägen gemeldet. Erst nach Schluss der Sitzung bedauerte plötzlich der Stadtpfarrer von Neurode, dass die Charitasverbände bei der Besetzung der Kommission übergangen worden seien, und er machte darauf aufmerksam, dass sich unter diesen Umständen die Charitasverbände die Verteilung der bei ihnen eingegangenen Mittel vorbehalten müssten. Darauf erwiderte der stellvertretende Landrat, dass bei der Zusammenstellung der Kommission kein Widerspruch erfolgt sei. Eine Uebergangung des Charitasverban-

des sei von keinem der Anwesenden beabsichtigt gewesen und liege ihm völlig fern. Im übrigen werde der Charitasverband selbstverständlich immer herangezogen werden, ganz gleich, ob es sich um die Erfassung einzelner Fälle oder um Verteilungsmassnahmen handle. Im übrigen gehören nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministeriums dem Arbeitsausschuss zur Verwaltung und Verwendung der Mittel auch die charitativen Verbände an.

Wie stehts nun mit den Parteigeldern für die Unterstützung? Von vornherein kam nicht in Frage, Organisationen, die als solche zur Verteilung in ihren Kreisen Mittel erhielten, die Beträge zu Gunsten einer allgemeinen Unterstützungssaktion zu entziehen. Das christliche Entrüstungsgetue in diesem Punkt ist umso widerwärtiger, als der katholische Stadtpfarrer von Neurode es ablehnte, Mittel aus seiner Hand der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Ebenso verteilte der Hausdorfer Pfarrer die Papstspende für die Hinterbliebenen der Grubenopfer ganz allein.

Der "Deutsche" jammert darüber, dass eine sozialdemokratische Mehrheit die Verteilung der privaten Sammelgelder nach sozialdemokratischen Neigungen vornehmen könne. Das ist in einem Atemzug ein Armutszeugnis für die Christen und eine freche Verleumdung der Sozialdemokratie. Die Dinge liegen nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministeriums in dem Arbeitsausschuss für die Verteilung und Verwendung der Mittel so, dass Einseitigkeiten kaum vorkommen können. Die Christen stellen die Dinge so hin, als ob der Landrat Sammelgelder zum Ausbau sozialdemokratischer Kinderheime verwendet wissen wollte. Dem gegenüber ist zu betonen, dass es im Kreise Neurode sozialdemokratische Kinderheime überhaupt nicht gibt. Die Kinderheime in Karlsberg und Hausdorf sind nicht sozialdemokratisch, denn sonst hätte ihnen die Regierung Brüning aus der Osthilfe kaum 45 000 und 25 000 Mark bewilligt. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass in dem Augenblick, als die Förderung von Massnahmen zur Kinderfürsorge akut wurde, es wieder der Pfarrer von Neurode war, der sofort die Notwendigkeit des Ausbaus katholischer Kindergärten anmeldete und bat, hierfür genügende Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei dem Hinweis des Landrates auf den Ausbau der Kinderheime und auf die Notwendigkeit des Baus einer Wasserleitung, handelte es sich nicht darum, die hierfür notwendigen Mittel den Geldern für die Hinterbliebenen zu entnehmen, sondern aus den hierfür zuständigen Quellen, wie produktive Erwerbslosenfürsorge usw.

Wie sehr der "Deutsche", vom Hass gegen die Sozialdemokratie blind und dumm gemacht, in seinen Erörterungen über Neurode von allen guten Geistern verlassen ist, sieht man auch daran, dass er sogar gegen die Verwendung eines Teils des Bergmannsfonds zur Linderung des Wohnungselends auftritt, obwohl die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen übereinstimmend der Ansicht waren, dass keine Massnahme besser geeignet sei, der Hebung der Gesundheit der Bergarbeiter zu dienen, als die Beseitigung ihres beispiellosen Wohnungselends.

SPD. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft stand auf dem Berliner Metallarbeiterkongress am Donnerstag im Mittelpunkt der Beratungen. Schliesstedt vom Hauptvorstand sprach über "Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie."

Schliesstedt zeigte in seinem meisterhaft aufgebauten und vom Verbandstag mit grosser Aufmerksamkeit entgegengenommenen Vortrag, wie der Krieg die Absatzmöglichkeiten Europas grundstürzend beeinflusst hat. Während Europa im Krieg fast nur Kriegsmaterial herstellte, gingen die aussereuropäischen Länder daran, ihre damals noch in den Kinderschuhen steckende Industrie rasch auszubauen. Heute gibt es sowohl in den ehemals fast rein agrarischen europäischen Ländern wie in überseeischen Kulturländern grosse und gewaltige Industrien. So hat z.B. China heute bereits eine ganz moderne Maschinenindustrie, mustergültige Werften und andere industrielle Werke, deren Erzeugnisse den Absatz europäischer Fertigwaren in China bedeutend einengen. Die europäische Arbeitsmarktkrise ebenso wie die Störungen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt

sind in erster Linie der Ueberindustrialisierung zuzuschreiben. Alle kapitalistischen Massnahmen für Leistungs- und Absatzsteigerung können nur die Krise verschärfen. Der Privatkapitalismus hat die Möglichkeit, die Produktionskräfte zu meistern, verloren. Diese sind ihm über den Kopf gewachsen. Der Präsident der Weltkraftkonferenz hat nicht von ungefähr vor einigen Wochen den Satz geprägt: "Sache der Finanzleute und der Behörden ist es, dafür zu sorgen, dass das, was der Mensch schafft, auch den Menschen zugute kommt." Der Kapitalismus kann dieses Problem nicht lösen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die sich an dem Bedarf der Menschen orientiert. Diesen Bedarf zu decken, ist heute technisch gesehen, eine Kleinigkeit. Der Kampf um die Neugestaltung der Wirtschaft ist der Klassenkampf, vor dem sich die bürgerliche Welt bekreuzigt. Durch die Reihen der Arbeiterschaft jedoch gehen Not und Verzweiflung. Wir müssen daher über die Not des Tages hinaus den Massen zeigen, dass es einen Ausweg gibt. Vor den Gegnern wie vor den verzweifelten Massen gilt es, gerade jetzt ein Bekenntnis zur sozialistischen Gesellschaft abzulegen.

Der Verbandstag, der Schliesstedt für seine Ausführungen mit stürmischem Beifall dankte, nahm gegen 7 kommunistische Stimmen eine Entschliessung an, in der die Grundgedanken des Vortrages ihren Niederschlag fanden.

Der Verbandstag - so heisst es in der Entschliessung - fordert von der gesamten Mitgliedschaft, über der Not unserer Tage nicht die Ursachen der Not zu verkehren. Ueberwindung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform muss von den Menschen in klarer Erkenntnis gewollt werden und zwar unter Beachtung der gegebenen Mittel und Möglichkeiten. Der Verbandstag erklärt die Neuorganisierung der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus, die dringend notwendig ist, als möglich. Ueber die geforderte Mitbestimmung der Arbeiter in allen wirtschaftlichen Fragen hinaus ist die Beseitigung der Privatwirtschaft das Ziel zur Errichtung einer alle Menschen umfassenden sozialen Wirtschaft.

Dieses Ziel ist nicht nur im parlamentarischen Ringen zu erreichen, sondern bedarf der Ergänzung auch durch den ausserparlamentarischen gewerkschaftlichen Kampf. In diesem Zusammenwirken der geschulten und einigen Arbeiterklasse liegt die Sicherheit des durch die Entwicklung der Produktivkräfte gezeichneten Zieles. An die Mitglieder des DMV geht deshalb der Ruf, durch äussere und innere Einigkeit die Voraussetzung zu schaffen zum siegreichen Kampf für die sozialistische Gesellschaft.

SPD. Die Odenwälder Hartstein-Industrie A.G. hat sich genötigt gesehen, ihr Werk in Nieder-Ramstadt stillzulegen und ihre übrigen Betriebe sehr stark einzuschränken. Diese Massnahmen sind notwendig geworden, weil die Behörden infolge Geldmangel die beschlossenen Strassenbauarbeiten nicht durchführen. Wie stehts mit dem Strassenbauprogramm der Regierung Brüning?

SPD. In Frankfurt a.M. sind die Notstandsarbeiter infolge kommunistischer Verhetzung am Donnerstag zu passivem Widerstand übergegangen, obwohl ein Teil ihrer Forderungen durch die Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erfüllt worden war. Die Gewerkschaften lehnen die Verantwortung für das kommunistische Wahlmanöver ab.

SPD. In Stockholm trat am Donnerstag der Kongress der Glasarbeiterinternationale zusammen. Sie umfasst mehr als 130 000 Arbeiter, darunter auch die der Vereinigten Staaten. Der Vorsitzende der Internationale ist Reichstagsabgeordneter Girbich.

Unternehmer und Arbeiter.

(Warum verliess der Ministerialdirektor die Dresdener Tagung?)

SPD. Auf der Tagung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen in Dresden hat es einen Zwischenfall gegeben, der viel Aufsehen erregt hat und in seiner Art bezeichnend ist. Während des Vortrages des Vorsitzenden Lehmann verliess der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsregierung Ministerialdirektor Grieser den Saal. Die Delegierten nahmen an, er habe es eilig und begeben sich nach Antwerpen, wo er, wie man wusste, in den nächsten Tagen zu tun hatte. Währenddessen waren aber die Redaktionen der rechtseingestellten Presse in Dresden bereits dahin in formiert, dass der Schritt des Ministerialdirektors Grieser als Demonstration aufzufassen sei und Grieser selbst bestätigte das in einem Telegramm an die Leitung des Deutschen Krankenkassentages, in dem er ausführte, der Vorsitzende des Hauptverbandes, Lehmann, habe mit politischen Angriffen gegen den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister den durch das Gesetz gezogenen Rahmen überschritten, wodurch er sich gezwungen sähe, die Tagung zu verlassen.

Womit hat nun der Vorsitzende des Hauptverbandes den Zorn des Ministerialdirektors und Regierungsvertreters erregt? Lehmann setzte sich mit der im Rahmen der Notverordnung von der Regierung durchgeführten Krankenversicherungsreform auseinander. Seine Ausführungen waren wohl kritisch, aber in keinem Teil unsachlich. Niemand im Saal dürfte auch während der Rede Lehmanns das Gefühl gehabt haben, dass hier Regierungsmitglieder in einer Weise behandelt werden, aus der sich für einen anwesenden Regierungsvertreter der zwingende Grund ergab, den Ort der Verhandlungen demonstrativ zu verlassen. Lehmann nahm in seinen Ausführungen Gelegenheit, sich gegen bestimmte Verdächtigungen zu wenden, in Zentrumsversammlungen und in der kommunistischen Presse kann man jeden Tag hören und lesen, dass der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen Lehmann, der Urheber alles Bösen sei. Mit einer beispiellosen Hemmungslosigkeit werden die in der Versicherungsreform der Regierung enthaltenen Verschlechterungen auf den Hauptverband bzw. seinen Vorsitzenden abgewälzt. Lehmann wird, besonders in Westdeutschland als Vater und Anreger der in der Notverordnung durchgeführten Versicherungsreform denunziert und an den Pranger gestellt. Nun ist Lehmann Vorsitzender einer Organisation, die mehr als 11 Millionen Versicherte umfasst, und die auf das Vertrauen ihrer Mitglieder angewiesen ist. Die mit der Leidenschaft des Wahlkampfes gedüngten Denunziationen können ihm als Mensch und als Vorsitzenden des Hauptverbandes nicht gleichgültig sein. Um Schaden von seiner Organisation und den in dieser Organisation zusammengefassten Kassen abzuwenden, hat er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Verleumdungen entgegenzutreten. Und die Generalversammlung seiner Organisation war der richtige Ort dafür. Was Lehmann getan hat, haben Mitglieder der Reichsregierung sehr oft getan, ohne dass Regierungsvertreter nach Griesers Rezept den gesetzlichen Rahmen entdeckt hätten. Wir können hier weder dem einen noch dem anderen Teil einen Vorwurf machen, weil eben kein Vorwurf zu erheben ist. Wenn wir die Rede Lehmanns, die uns jetzt ausführlich vorliegt, durchblättern, können wir von den "politischen Angriffen", die Herr Grieser vernommen haben woll, nichts entdecken. Dazu noch eine kleine Episode, die sich am gleichen Tag der Dres-

dener Verhandlungen, kurz nach der Rede Lehmanns, ergab. Ein Delegierter aus Pommern liess sich eine an sich harmlose politische Entgleisung zuschulden kommen. Sofort riefen ihn die anwesenden Arbeitgebervertreter zur Ordnung. Wir sind es nun von den Arbeitgebervertretern auf den Krankenkassentagen nicht gewohnt, dass sie Lehmann anders behandeln als einen pommerschen Delegierten. Sie haben aber während der Rede Lehmanns keinen Anlass gefunden, Uebergriffe zurückzuweisen. Wenn nun Lehmann in seiner Rede den Komplex politischer Kämpfe streifte, die schliesslich mit der Notverordnung endeten, dann hat er doch nur das getan, was Grieser in seiner Begrüssungsansprache schon vor ihm tat, der den Reichsarbeitsminister Stegerwald als Tell feierte, als Mann der Tat, der den Mut zur Notreform aufbrachte. Das trug ihm den Beifall der Arbeitgebervertreter ein, den er mit verbindlichem Lächeln quittierte. Dass nun die Zentrumsparlei in ihren Wahlversammlungen gegen die Notverordnung zu Felde zieht und die Verantwortung von Stegerwald auf Lehmann abzuwälzen versucht, und dass Stegerwald und Grieser der Zentrumsparlei und Lehmann der sozialdemokratischen Partei angehören, ist allerdings besonderes Pech.

Die Sache wird schon so sein, dass der Ministerialdirektor die Dresdener Tagung verliess, weil es eine Unmöglichkeit war, Positives gegen die Ausführungen Lehmanns einzuwenden. So verzichtete Grieser auf ein paar Redewendungen, die man in dieser Situation hätte vortragen können, und verschwand. Hier erhält erst die ganze Angelegenheit ihre Bedeutung für die Öffentlichkeit. Wir haben gerade in den letzten Wochen und Monaten einer Reihe von Tagungen beigewohnt, auf denen die Regierung weitaus schärfer kritisiert worden ist als in Dresden. Das waren Unternehmertagungen. Die Zeiten sind nun vorbei, wo Vertreter der Schwerindustrie der Regierung den "Daumen ins Auge drückten" und das "Recht des Herrn im Hause" proklamierten. Aber wir haben in neuerer Zeit mehr als eine Tagung erlebt, wo die durch Achtung und Respekt vor einer vom Willen des Volkes getragenen Regierung haarscharf gestreift, wenn nicht überschritten wurde. Manchmal stellte sich dabei die Ueberlegung ein, mit welchem Gefühl wohl ein Regierungsvertreter solche Aeusserungen entgegennimmt. Jedenfalls ist uns kein Fall bekannt, wo ein Regierungsvertreter demonstrativ eine Tagung verlassen hat. Diesen Fall schuf erst Herr Grieser in Dresden. Wir erlauben uns im Anschluss daran die Frage, ob Herr Grieser ebenso gehandelt haben würde, wenn in Dresden nicht der Hauptverband Deutscher Krankenkassen, sondern beispielsweise der Reichsverband der Deutschen Industrie oder der Verband sächsischer Industrieller getagt hätte? Hätte Herr Grieser dann auch sein bekanntes Telegramm geschickt? Das zu wissen, ist für den Wähler immerhin wichtig.

SPD. Bei der Herausgabe der neuen Reichspostaufträge ist es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Reichspost und einzelnen Lieferfirmen gekommen, die ein recht interessantes Material für die ganze Preissenkungsaktion geben. Es handelt sich bei den Aufträgen um zusätzliche Bestellungen in Höhe von 200 Millionen Mark, wovon etwa 130 Millionen Mark auf die Elektroindustrie 25 Millionen Mark auf den Maschinenbau und der Rest auf das Baugewerbe und laufende Anschaffungen entfallen.

Die Reichspost hat entsprechend den Beschlüssen der Reichsregierung, darauf gedrungen, dass die Lieferfirmen einen Preisnachlass gewähren. Sie konnte auch bei den meisten Firmen einen Abschlag erzielen, der zwischen 8 und 12% liegt. Wir sind nicht geneigt, das als Erfolg aufzufassen. Bekanntlich stellen die Unternehmer auf Grund von Abmachungen, Ringbildungen usw. der öffentlichen Hand stark überhöhte Preise. Der "Soz. Pressedienst" hat noch vor einigen Tagen treffende Beispiele dafür aus der Kabelindustrie angeführt. Wenn Nachlässe von 8 bis 12% gewährt worden sind, so kann es sich höchstens nur um eine immer noch unzulängliche Revision überhöhter Preise handeln, aber kaum um ein Entgegenkommen der Lieferfirmen im Interesse unseres Arbeitsmarktes.

Umso verwunderlicher ist es, dass sich die Zementkonzerne und der Lino-

leumtrust geweigert haben, in Preisnachlässe einzuwilligen. Beide Industrien sind wegen ihrer überhöhten Preise und Riesengewinne geradezu berüchtigt. Sie behaupten, dass Preisnachlässe nicht möglich seien. Das ist Gerede. Für die Linoleumindustrie braucht man nur auf die stark gesunkenen Rohstoffpreise zu verweisen, die sich in den Einzelhandelspreisen überhaupt noch nicht ausgewirkt haben. Wie es bei der Zementindustrie steht, geht am besten aus der Tatsache hervor, dass die Aussenseiter der Reichspost Zement zu einem wesentlich billigeren Preis als die Zementkonzernende offeriert haben, ohne dass, wie versichert wird, zu Kampfpreisen, die die Reichspost ablehnt, gegriffen worden ist. Wir empfehlen dem Reichskanzler, gegen den Linoleumtrust und die Zementkonzerne die verschärfte Kartellverordnung in Anwendung zu bringen. Im übrigen kann die Reichspost von den Aussenseitern Zement in Hülle und Fülle haben; auch kann man wohl von der Lieferung des Linoleumtrusts absehen.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung stellt in einer Arbeit über Konkurse, Auflösungen von Aktiengesellschaften, landwirtschaftliche Zwangsversteigerungen usw. fest, dass sich bei der Kreditsicherheit, die den Wirtschaftsverlauf stark beeinflusst, allmählich eine Besserung anbahnt. Bis Mitte August 1930 sind 7641 Konkurse (im Vorjahr 6275) und 4826 Vergleichsverfahren (im Vorjahr 3063) eröffnet worden. Der Rückgang, der seit den Frühjahrsmonaten zu beobachten ist, hat nach Auffassung des Konjunkturforschungsinstituts saisonmässigen Charakter. Das Institut nimmt jedoch an, dass die konjunkturelle Zunahme der Zahlungseinstellungen zum Stillstand gekommen sei.

In diesem Zusammenhang interessiert eine Berechnung des Konjunkturforschungsinstituts, wie gross die durch Zahlungseinstellungen entstandenen Verluste sind. Insgesamt werden Gesamtverbindlichkeiten für die Zeit vom Januar bis Juli 1930 in Höhe von 800 Millionen Mark angenommen gegenüber 580 Millionen Mark in derselben Zeit des Jahres 1929. Daraus dürfte sich voraussichtlich für die Gläubiger Verluste von 495 Millionen Mark ergeben (im Vorjahr 370 Millionen Mark). Zu diesen 495 Millionen Mark kommen noch die Beträge aus Zahlungsstockungen, die ausserhalb des gerichtlichen Vergleichs geregelt werden. Ausserdem entstehen noch Verluste durch diejenigen Zahlungseinstellungen, bei denen es mangels hinreichender Masse nicht zur Eröffnung eines Konkurs kommen kann. Hier handelt es sich um etwa 3000 Fälle pro Jahr. Alles in allem wird man nicht fehlgehen, wenn man die Gesamtbeträge, die von den Gläubigern nachgelassen werden mussten, für die ersten 7 Monate des Jahres 1930 auf mindestens 600 bis 700 Millionen Mark veranschlagt.

Es ist immerhin interessant, die Natur dieser Verluste zu untersuchen. Zunächst handelt es sich um privatwirtschaftliche Verluste. Sie treffen einzelne Personen bzw. Gesellschaften. Von allgemeiner Bedeutung werden sie insofern, als eine durch die Insolvenzverluste verursachte Verknappung der Betriebsmittel Rückwirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt hat. Volkswirtschaftlich werden durch die Insolvenzverluste zweifellos die Preise in Einklang mit der verfügbaren Kaufkraft gebracht. Mit Recht stellt das Konjunkturforschungsinstitut fest, dass die steigenden Insolvenzverluste eine Folge der unterbliebenen Preissenkung sind. Sie stellen einen anderen Weg dar, um die Bewältigung der Warenumsätze mit der gegebenen Kaufkraft zu gewährleisten.

Die Rückwirkungen der Insolvenzverluste auf die Existenz von Unternehmen sind verhältnismässig gering. Auf Grund von Konkursen usw. kam es während des ersten Halbjahrs 1930 in 219 Fällen zur Auflösung von Aktiengesellschaften gegenüber 215 Fällen im ersten Halbjahr 1929. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass im laufenden Jahr erheblich grössere Gesellschaften zur Auflösung gezwungen worden sind als im Vorjahr.

Eine Sonderstellung nehmen die landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen ein. Die zwangsversteigerte Fläche war im Rechnungsjahr 1929/30 (April 1929 bis März 1930) mehr als doppelt so gross wie im vorausgegangenen Rech-

nungsjahr. Die zwangsversteigerte Fläche betrug im ersten Vierteljahr 1930 bei 1061 Fällen rund 37 500 Hektar gegenüber 25 875 ha bei 735 Fällen im 4. Vierteljahr 1929, 11 850 ha bei 585 Fällen im ersten Quartal 1929 und 9540 ha in 488 Fällen im ersten Quartal 1928. Für das erste Vierteljahr 1930 ergibt sich mithin gegenüber dem Vorjahr der Zahl der Fälle nach eine Zunahme um 81% und der versteigerten Fläche nach eine Zunahme von 217%. Naturgemäss sind die Zwangsversteigerungen grösserer Güter erheblich stärker angestiegen als diejenigen mittlerer und kleinerer Anwesen.

SPD. Die italienische Wirtschaft hat einen Riesenzusammenbruch zu verzeichnen, der sich in etwa mit dem Zusammenbruch der Favag in Deutschland vergleichen lässt. Es handelt sich um die seit 50 Jahren bestehende Bonifische Ferraresi. Das Unternehmen ist in der Landwirtschaft tätig und finanziert in letzter Zeit, wahrscheinlich mit staatlicher Unterstützung, die ausgedehnten Meliorationen in Italien. Das Kapital wurde Ende 1923 auf 100 Millionen Lire erhöht. Im vorigen Jahr hat das Unternehmen etwa 1/7 seines Stammkapitals rein verdient und konnte eine Dividende von 14% verteilen.

Anfang dieser Woche fielen die Aktien der Bonifische Ferraresi, die einen Nominalwert von 200 Lire haben und im Frühjahr 1930 einen Höchststand von 450 Lire erreichten, mit einem Ruck auf etwa 50 Lire. Dem Kurssturz folgte schnell die Zahlungseinstellung. In der Geschäftsführung bei der Bonifische Ferraresi scheint vieles faul zu sein, wenigstens deutet die sofortige Entlassung des Präsidenten der Gesellschaft darauf hin.

SPD. Der Zuckerverbrauch ist nach den Schätzungen für die ersten 9 Monate der letzten Kampagne in fast allen europäischen Ländern zurückgegangen. Die dem Verbrauch zugeführten Mengen verringerten sich von 100,80 Millionen Zentner auf 97,96 Millionen Zentner. Davon entfallen auf England 26,90 Millionen Zentner (im Vorjahr 28,31 Millionen Zentner), auf Deutschland 22,97 Millionen (23,68), Frankreich 15,81 (15,28), Polen 5,77 (5,80), Tschechoslowakei 5,69 (5,71), Italien 5,69 (5,89), Spanien 4,37 (4,33), Holland 3,81 (3,90), Oesterreich 3,06 (3,31), Belgien 2,87 (2,88) und auf Ungarn 1,62 (1,71) Millionen Zentner.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(21. August)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen; Weisse 1,90 bis 2,40, Odenwälder Blaue 2,20 bis 2,50 andere gelbfleischige Kartoffeln (ausser Nierenkartoffeln) 2,90 bis 3,20 Mark. In Berlin sehr geringe Nachfrage.

Buttermarkt,

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 21. August: I. 139 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner, Tendenz: ruhig.

Der zu hohe Stützungspreis.

(Berliner Getreidebörse vom 21. August)

SPD. Die Berliner Produktenbörse hatte am Donnerstag ruhigen Verkehr. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich für Roggen leichte Preisgewinne, während Weizen unverändert blieb. Am Locomarkt hat sich das Weizenangebot, namentlich aus den Gebieten an der Küste, verstärkt, ohne dass entsprechende Kauflust der Mühlen vorlag. Roggen war weniger angeboten und wurde weiter gestützt. Die Mühlen zeigten zwar Kaufinteresse, jedoch nicht zu den Preisen, welche die Stützungsstelle bezahlt. Mehl hatte ruhiges Konsumgeschäft zu unveränderten Preisen. Nur für billigere Roggenmehle machte sich etwas mehr Kauflust bemerkbar. Hafer blieb unverändert stetig.

	<u>20. August</u> (ab märkische Station)	<u>21. August.</u> in Mark)
Weizen	253 - 256	253 - 256
Roggen	167	169
Braugerste	205 - 225	205 - 225
Futter- und Industriergerste	183 - 198	183 - 198
Hafer	189 - 199	190 - 200
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,50 - 37,50	29,50 - 37,50
Roggenmehl	24,25 - 26,75	24,25 - 26,85
Weizenkleie	9,75 - 10,00	9,75 - 10,00
Roggenkleie	9,50 - 9,75	9,50 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 263 - 262 (Vortag 263), Oktober 265 (264 $\frac{1}{2}$), Dezember 273 $\frac{1}{2}$ -273 (273 $\frac{1}{2}$). Roggen September 176-177 (175), Oktober 179-180 (179), Dezember 189 $\frac{1}{2}$ -191 (189). Hafer September 182-183 (181), Oktober - (184 $\frac{1}{2}$), Dezember 190-191 $\frac{1}{2}$ (189 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

(21. August)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 12 $\frac{1}{4}$, Kl. A. 60 gr 11 $\frac{1}{4}$, Kl. B. 53 gr 10 $\frac{1}{4}$, Kl. C. 48 gr 9 $\frac{1}{2}$, frische Eier, Klasse a 11, Kl. B. 10, aussortierte kleine und Schmutzeier 7. Auslandseier: Dänen 18er 12-12 $\frac{1}{4}$, Holländer 60-62 gr 11 $\frac{1}{2}$, Bulgaren normale 9 $\frac{1}{2}$ -10, Rumänen normale 8 $\frac{1}{2}$ -8 $\frac{3}{4}$, Ungarn 8 $\frac{1}{4}$ -9, Jugoslawen 8 $\frac{1}{4}$ -9, Polen normale 8-8 $\frac{1}{2}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 $\frac{1}{2}$ -7 $\frac{1}{2}$. In- und ausländische Kühleuseier: Chinesen und ähnliche 6 $\frac{1}{2}$ -7. Witterung: schön, Tendenz: freundlicher.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 22. bis 28. August für A-Milch 18 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die Milchmenge ist für die Zeit vom 22. bis 28. August auf 100% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Pfennige je Liter.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 61

Berlin, den 21. August 1930

Die tüchtige Betty.^x

Von John K. Newnham.

SPD. Wenn irgendwer im Büro einen Brief oder eine Kopie aus der Registratur brauchte, wandte er sich nur an Betty Munrose. Die Kollegen sagten ihr nach, dass sie sich bereits als Baby damit vergnügt hatte, Briefe und Schriftstücke in einen Aktenschrank einzuordnen. Sie hatte die Ordnung mit der Muttermilch eingesogen.

Wenn unerschrockene Männer den Mut verloren, weil eine gesuchte Faktura einfach unauffindbar war, betrat sie mit raschen Schritten die Registratur, sah sich wie ein Feldherr um und in einer Minute war alles in bester Ordnung.

Der Chef hielt sie für eine unersetzliche Kraft. Wenn sie vor mehreren Jahren einen Vertrag in die Registratur eingereicht hatte, wusste sie ihn jederzeit binnen einer halben Minute wieder aufzufinden.

Gab es eines jener unbestimmbaren Schriftstücke, das jeder andere unter "N.G.W." (Nur Gott weiss) eingereicht haben würde, war sie keinen Augenblick verlegen. Mit wunderbarer Selbstverständlichkeit steckte sie den Brief in ein Aktenbündel, das sie sicherlich nach zwanzig Jahren ohne nachzudenken wieder erkannte.

+

Eines Tages wurde im Büro eingebrochen. Die Einbrecher fanden weder Bargeld noch Wertpapiere, aber bei ihrer Suche hatten sie den Inhalt der Registratur, Briefe und Dokumente, wüst durcheinandergeworfen. Zahlreiche Papiere lagen in einem heillosen Chaos auf dem Boden verstreut.

In einem solchen Zustand befand sich das Büro, als das Personal des Morgens seinen Dienst antrat. Betty Munrose seufzte leise auf und raffte gleich beim Eintreten eine Handvoll ihrer geliebten Briefe und Kopien vom Boden auf.

Nach der Mittagspause bot die Registratur ein Bild peinlichster Ordnung wie je zuvor. Niemand hätte vermutet, dass noch vor einigen Stunden ein wüstes Durcheinander geherrscht hatte.

Man wird erkennen, dass Betty Munrose die geborene Hüterin der Ordnung war. Aber der Tag kam, da Betty Munrose kündigte. Sie wollte heiraten. Herr Denny war verzweifelt. Aber was nützte es? Bettys Herz hatte sich entschieden. Das Personal verehrte Betty einen Aktenschrank als Hochzeitsgeschenk.

+

"Bitte, beeile dich", sagte Bettys Gatte, der hastig den Rest seines Frühstücksbrottes hinunterschläng.

"Gleich, Bill!"

Betty stürzte in das Nebenzimmer, eine halbe Minute später folgte ihr Bill.

"Nun, hast du die Taschentücher gefunden?", rief er atemlos. "Ich habe solchen Schnupfen und ich muss unbedingt den Frühzug erreichen".

Betty sah sich verzweifelt um.

"Tut mir furchtbar leid, Liebster", sagte sie dann. "Ich habe die Taschentücher gestern so gut aufgehoben und heute kann ich mich absolut nicht erinnern wo in aller Welt sie stecken!"

Rud um die Rute.

Ein Kapitel von der Schulzucht im Mittelalter. — Rektor Häuberls Bilanz:
24010 Rutenstreich, 136 715 Handschmis, 911 527 Stockschläge, 1 115 800
Kopfnüsse.

SPD. In der Schule wird heute nicht mehr so viel geschlagen wie früher und es gibt tausende von modernen Lehrern, die ohne Stock und körperliche Züchtigung auskommen. In vielen Staaten ist die körperliche Züchtigung in der Schule überhaupt verboten (Frankreich, nordische Länder), in den übrigen stark eingeschränkt. Auch in Deutschland sind in den letzten Jahren schärfere Verordnungen, die die Prügelstrafe nur ganz ausnahmsweise zulassen und für Grundschul Kinder und Mädchen ganz verbieten, erlassen worden.

Das Mittelalter hatte in dieser Beziehung weniger Skrupel. Dass die Klöster und die Geistlichen mit schlechtem Beispiel vorangingen, ist selbstverständlich. Die Klosterschüler wurden mit der Rute, sogar mit der Peitsche für das geringste Vergehen auf den blassen Körper gehauen. "In Wahrheit sind Schüler, die unschuldig leben und gern studieren Märtyrer, denn auch das beste Kind bleibt von der Rute nicht verschont", schrieb Cäsarius v. Heisterbach, ein um 1240 gestorbener Kleriker. Die Klöster St. Gallen und Klosters Rath bei Aachen gingen sogar in Flammen auf, weil die Schüler, die die strenge Zucht nicht mehr aushielten, zu Brandstiftern wurden.

Auch die Bürgerschulen in den Städten wurden mit dem Stecken regiert. Das Prügeln war ein fester Bestandteil des Schullebens, den man sogar zum Festfeiern benützte. Jede Schule zog einmal im Jahr mit allen Schülern und Lehrern ins Freie, begleitet von Fahnen und einer Musikkapelle. Draussen wurden Birken, Weidenbüsche und Haselsträucher geplündert und abends brachte man einen grossen Vorrat an Ruten mit ins Schulhaus. Diese wurden dann sachgemäss auf dem Speicher aufbewahrt. Auf dem Heimweg sangen die Schüler mit Musikbegleitung folgendes Lied:

Ihr Väter und ihr Mütterlein,
Nun sehet, wie wir gehn herein
Mit Birkenholz beladen,
Welches uns wohl dienen kann
Zu Nutz und nicht zu Schaden.

Euer Will und Gottes Gebot
Uns dazu getrieben hot
Dass wir jetzt unsre Rute
Ueber unseren eignen Leib
Tragen mit leichtem Mute.

Damit der Lehrer jederzeit die Ruten zur Hand habe, wurden die Wände der Schulstube damit bekränzt. Bezeichnend ist ja auch, dass die Abbildungen von Lehrern diese nie ohne die Attribute ihrer schulmeisterlichen Würde, der Rute, zeigen.

Mittelalterliche Chroniken und Lebensbeschreibungen geben hunderte von Beispielen unmenschlicher Züchtigungen. Die Anhäufung dieser Fälle, die uns aus dem nicht gerade schreibwütenden Mittelalter hinterlassen sind, beweisen, dass es sich hier nicht um Einzelfälle — wie sie ja in unserer Zeit auch noch vorkommen — handeln kann. Lucas Geizkofler erzählt wie ein Knabe, der am Festtage Fleisch gegessen hatte, an ein Seil gebunden und solange durchgepeitscht wurde bis die anderen Knaben den Choral "Salve regina" gesungen hatten. Erasmus Albernus wurde von seinem Lehrer auf dem Boden herum geschleift, dann musste er an einer Stange hochklettern, die der Lehrer dann umfallen liess. Zum Schluss wurde der Knabe in einen Sack gebunden und vors Fenster gehängt. Die Nonnen in einer Knabenschule zu Augsburg erfanden eine für sie sehr bequeme Art des Abstrafens, indem sie die Knaben den Kopf ins Ofenloch stecken liessen. So fanden sie genügend Musse, das Hinterteil, das draussen blieb, mit der Rute zu bearbeiten. Wieviel verdrängte Sexualität hier mitsprach, ist eine Sache für sich.

Eine 1540 erschienene Schrift gibt eine anschauliche Schilderung des Strafverfahrens: Wenn der Herr Schulmeister das Henkeramt verwaltet, muss der

arme Sünder, will er nicht bis aufs Blut gestrichen sein, sich selbst bücken und parat halten. Andere Schulmeister halten, um das Strafamts bequemer zu gestalten und jede Widersetzlichkeit unmöglich zu machen, eine förmliche Delinquentenleiter bereit, in welche die Kinder kriechen und Kopf und Beine hindurchstecken müssen. Da kriegt nun der Schulmeister seine Henkersrute aus einem Eimer voll Wasser, hauet, peitschet und trummelte dem armen Schelm auf posteriori herum, dass er schreiet, dass mans über dritte Haus hören möchte, hört auch nicht auf, bis dass dicke Schwülen auflaufen und das Blut an den Beinen herunterläuft". Der Rektor Johann Jakob Häuberle führte genau Buch über die von ihm erteilten Strafen, dass er am Ende seiner Amtstätigkeit folgende Aufstellung machen konnte: Rutenstreichen 124 010, Handschmissen 136 715, Stockschläge 911 527, Kopfnüsse 1 115 800. Wobei nicht von der Hand zu weisen ist, dass er die Kopfnüsse auf eine glatte Zahl aufrundete.

Aber nicht nur der Schüler allein bekam seine Prügel. Auspeitschen und Prügeln gehört zum eisernen Bestand der Strafjustiz. Geprügelt wurde der Soldat von seinem Vorgesetzten, der Ketzer, der die Kirche versäumte, der Knecht, der nicht genug arbeitete, die Prostituierte, um sie auf den rechten Weg zurück zu führen, der Irrsinnige zum Austreiben der in ihm wohnenden Teufel, der Student auf der Universität, wenn er seine grammatica nicht auswendig beherrschte

Und der Erfolg: Wenn man den Zeitberichten folgt, kann der Erfolg nicht gross gewesen sein. Im Esslinger Gymnasium musste der Stadtrat den bedrängten Lehrern zu Hilfe kommen, weil sie mit den Schülern, die Fenster und Oefen zerstörten, schwänzten, rauchten, sich betranken, nicht mehr fertig wurden. Luther beklagte sich über die "wilde Jugend" in herzerreissenden Tönen und Melanchthon war fest davon überzeugt, dass der Weltuntergang nahe bevorstünde, wegen dem "grenzenlosen Mutwillen der Jugend". Wenn heute gewisse Leute zu den Methoden des Mittelalters zurückkehren wollen, so mögen sie sich über den Erfolg bei ihren Gewährsmännern Luther und Melanchthon Auskunft holen. Diejenigen aber, die Einblick in eine moderne Schule der Gegenwart haben, wissen, dass da, wo der Stock wirklich ganz verschwunden ist, auch wirkliche erzieherische Erfolge zu verzeichnen sind.

Albert Ansmann.

Vierlinge - wie kommt das eigentlich?^x

Neue Ergebnisse der Zwillingsforschung.

SPD. In dem schwedischen Ort Varmbus wurde eine junge Mutter von 4 lebenden Kindern entbunden, -Mutter und Kinder erfreuen sich der besten Gesundheit. Ein seltener Fall! Zwillinge zwar sind nichts besonderes: auf 80 Geburten kommt ein Zwillingspaar. Die Häufigkeit der Schwangerschaften von mehr als 2 Früchten nimmt indessen sehr schnell ab - sodass nach einer von Hallin aufgestellten Formel Drillinge auf $80^2 = 6400$ Geburten, Vierlinge auf $80^3 = 512000$ Geburten nur einmal kommen. Auch über die Geburt von Fünflingen liegen schon beglaubigte Beobachtungen vor, und in Castagnola am Luganersee ereignete sich der bis dahin für unmöglich gehaltene Fall, dass 6 Früchte, 4 männliche und 2 weibliche - allerdings keine lebenden - zur Welt kamen.

Die Fähigkeit, mehrfache Früchte hervorzubringen, ist in gewissen Familien erblich, und wird merkwürdigerweise nicht allein auf die weibliche, sondern wie durch Aufstellung genealogischer Tabellen, welche die Fruchtbarkeit einzelner Familien über viele Generationen zurückverfolgten, einwandfrei festgestellt ist, auch auf die männliche Nachkommenschaft übertragen. In besonders auffallender Weise häufen sich die mehrfachen Schwangerschaften, wenn beide Ehepartner aus disponierter Familie stammen. Ein schlagendes Beispiel hierfür bietet der im Jahre 1808 veröffentlichte Fall von "merkwürdiger Fruchtbarkeit

eines armen Weibes in Wien", das elf mehrfache Geburten überstand und zwar dreimal Zwillinge, sechsmal Drillinge und zweimal Vierlinge zur Welt brachte. Der Mann war ein Zwilling=, die Frau ein Vierlingskind!

Es gibt zwei wesentlich von einander abweichende Entstehungsarten der Zwillingsschwangerschaft. Entweder die Zwillinge entwickeln sich aus 2 Eiern, welche gleichzeitig befruchtet werden und sich nebeneinander in die Gebärmutter festsetzen, oder aber sie entstehen aus einem Ei, in welchem es ausnahmsweise zur Bildung von 2 Keimanlagen kommt. "Zweieiige" Zwillinge sind viel häufiger, etwas sechsmal so häufig als "eineiige". An dem unterschiedlichen Verhalten der ein- und zweieiigen Zwillinge hat die moderne Zwillingsforschung neuerdings hochbedeutsame Beobachtungen zu der Frage der Verbrechensentstehung gemacht; insbesondere konnte der Münchener Forscher Prof. Johannes Lange an Hand eines vergleichsweise grossen Materials zeigen, dass die Lebensschicksale eineiiger Zwillinge, die ja auch äusserlich wie ein Ei dem andern gleichen, sich erschütternd gleichartig abwickeln. Auch wenn beide Zwillingsbrüder in früher Kindheit getrennt werden und in völlig verschiedenartiger Umgebung aufwachsen, ist die Art und Weise ihrer Vergehen eine ähnliche: In demselben Jahr, in dem der eine Bruder zum Rechtsbrecher wird, steht auch der Zwillingsbruder zum erstenmal vor dem Strafrichter - die Art der Vergehen, die Reaktionsweise der Brüder auf Lohn oder Strafe ist völlig übereinstimmend. So scheint die alte Frage, ob Anlage oder Umwelt den Hauptanteil an der Verbrechensentstehung haben, endgültig dahin entschieden zu werden, dass der Veranlagung das Ueberge-
wicht zukommt.

Noch weitere sehr interessante Aufschlüsse sind von der modernen Zwillingsforschung zu erwarten, die ja vorläufig noch in den Anfangsgründen steckt.

Dr. Lily Herzberg,

Tränen in der Nacht.^x

Von Alfred Prugel

SPD. Die Nacht tropft gleichmässig mit dem Ticken der Uhr. Das Zimmer ist tiefschwarz. Ein Hohlraum, der mich unbarmherzig einschliesst. Die Umrisse der Möbel sind verschwunden.

Ich liege auf dem Bett, wie auf einer einsamen Insel, an die dunkle, rauschende Wellen heranschlagen.

Ich weiss nicht, wie spät es ist. Aber das Rauschen wird immer mehr zu einem Dröhnen und hämmert in meinen Ohren.

Ich bin fremd in dieser Stadt. Weiss nicht, wie ihre Menschen sind. Was für Gedanken sie haben. Ob ihre Strassen hell und gut, ob sie böse und verwinkelt sind. Nur manchmal glaube ich durch Mauern hindurch Atemzüge zu hören, die mit mir wachen. Ich bin nicht allein - Das beruhigt.

Kurz nach Mitternacht muss mich irgend etwas aus dem Schlafe gerissen haben. Ich lag einen Augenblick regungslos und hielt den Atem an. In diesem Moment holte die Uhr zum Schlage aus. Ich hörte deutlich das leise, schnarrende Geräusch in ihrem Gehäuse. Wollte auch die Schläge zählen, aber es schien mir bedeutungslos: Raum und Zeit waren wie ausgelöscht.

Und dann war mit einem Male das Weinen da.

Plötzlich steigt es wie ein feiner, dünner Ton durch die Wand. Quillt aus dem Dunkel heran. Einmal steht es ganz deutlich in meiner Nähe. Dann scheint es wieder unendlich fern, als lägen viele Mauern dazwischen.

Ich weiss nicht, wem es gehört: einem Kinde, einer Frau? Man kann es nicht unterscheiden. In der Nacht klingt alles seltsam. Aber es bohrt, wühlt und lässt nicht los.

Manchmal setzt es hoch und dünn an, bricht dann jäh ab und verfällt in ein kurzes, krampfhaftes Schluchzen.- Dann Schweigen.

Aber nur einen Augenblick und das Geriesel der dünnen Stimme beginnt wieder. Als hätte sie aufsteigender Schmerz neu gelöst.

Es ist nicht das Weinen allein, das beunruhigt - es ist die fremde Stille der Nacht, die sich mit gleichmässigem Dröhnen in mein Ohr gestürzt hat.

Eine Verzweiflung, die riesengross aufsteht, die aus allen Tiefen des Raumes heranschwillt und mit hartnäckiger Eindringlichkeit ans Herz greift.-

Vielleicht weinen in dieser Stunde Tausende in allen Städten der Welt: Verzweifelte, Gekränkte, Hoffnungslose, tief Gedemütigte - die nichts mehr mit sich selber anzufangen wissen, als sich immer tiefer in ihre Trostlosigkeiten zu stürzen.

Und ebenso muss es tausend Ratlose geben, die verstört zuhören, wie ich..

Das Weinen schwillt an, als wären es hundert Stimmen, die der grosse Peiniger Schmerz in seinen Krallen hält.

Ich weiss: Jetzt muss es Zimmer geben und Kammern, in denen Menschen an den Tischen sitzen und nicht mehr weiterkönnen mit ihrem Leben - Betten, in denen sich Schlaflose verzweifelt hin und her wälzen. Ich spüre die bunten Einsamkeiten der Grosstadt Nächte, in die sich Gehetzte verlieren - ohne Trost - mutlos und müde.

Ja, aus allen Winkeln der Nacht tauchen sie vor mir auf: Die Unglücklichen der Welt, aller Erdteile, aller Nationen...

Aber ist einer unter ihnen, dem ich helfen könnte?

Vielleicht? Aber immer wird eine Zimmerwand dazwischenstehen. Und nicht nur Wände, denn die könnte man ja durchbrechen, sind aufgerichtet zwischen mir und dem Weinen des andern - sondern ein unbegreifliches Fremdsein, dem man sich nie nähern darf. Wer kann in des Nächsten Schicksal hinüberspringen? - -

Ich will schlafen. Will mich ganz verlieren - nur müde sein, nicht mehr denken. Auch wenn es Feigheit ist - da beginnt es wieder - dieses irrsinnige verzweifelte Weinen...

Und nun ist es wie die Stimme eines verwundeten Tieres - tief im Röhricht der Nacht.

SPD. Müttersterblichkeit im Wochenbett. In England hat eine Statistik über die Sterblichkeit von Frauen bei der Geburt eines Kindes die seltsame Tatsache ergeben, dass, während allgemein der Prozentsatz der Todesfälle und im Besonderen die Kindersterblichkeit zurückgegangen ist, der Prozentsatz der Todesfälle im Wochenbett gestiegen ist. In den Jahren 1911 bis 1915 kamen auf 1000 Lebendgeburten 4 Todesfälle, in den Jahren 1916 bis 1920, also noch während des Krieges, stieg die Zahl auf 4,1² zu tausend, fiel von 1921 bis 1925 auf 3,9 und stieg 1929 wieder an auf 4,3 Todesfälle auf 1000 Lebendgeburten. Die Gesamtzahl von zur Untersuchung benutzten Todesfällen betrug 2000, darunter waren 1408 durch die Geburt veranlasst und unter diesen 17 % durch mangelnde Fürsorge vor der Geburt, also jedenfalls bei proletarischen Frauen. 17 % entfielen auf Irrtümer von ärztlicher Seite und 5 % weil keine entsprechende Möglichkeit bestand, sachverständige ärztliche Hilfe heranzuziehen. Dazu kommen 9 Fälle von Nachlässigkeit der Patienten oder ihrer Umgebung in der Befolgung ärztlicher Vorschriften. Das ergibt nach dem Gutachten der Untersuchungskommission, dass ungefähr die Hälfte alle dieser Todesfälle bei entsprechender Vorsorge zu vermeiden gewesen wäre.

SPD. Eine Kuss-Registrierung.^x Ein etwas sonderlicher Herr, der vor einigen Jahren gestorben ist, hat eine höchst merkwürdige Aufzeichnung hinterlassen: er hat nämlich Tag für Tag mit peinlicher Gewissenhaftigkeit jeden Kuss registriert, den er in dreissigjähriger Ehe mit seiner Frau gewechselt hat. Dabei ist dieses merkwürdige Ergebnis zu verzeichnen: im 1. Ehejahre haben die jungen Leute 36.500 Küsse miteinander gewechselt - das sind rund 100 Küsse am Tage. Im zweiten Jahre betrug die tägliche "Durchschnittsleistung" nur noch fünfzig Küsse und schon im dritten Jahre ist der "tägliche Bedarf" mit 10 Küssen vollkommen gedeckt. Im sechsten Jahre waren es gar bloss noch zwei Küsse, am Morgen und am Abend. Viele Jahre hat sich das so gehalten, später wurde mitunter sogar einer dieser Küsse unterlassen oder - vergessen!

gs.

Kino im Körper!

Neue Wege der Krankheitserkennung - Was ist ein Gastro-Photor?

SPD. Vor einiger Zeit wurde Alexander Valero, ein Sträfling des New Yorker Gefängnisses Sing Sing, der wegen Mordes eine lebenslängliche Strafe verbüsst, dem leitenden Arzt der Strafanstalt vorgeführt zwecks Ausprobierung eines neuen, aufsehenerregenden Apparates, dem Gastro-Photor, mit dem man im Zeitraum von einer Stunde 16 Magen-aufnahmen machen kann; 16 winzig kleine empfindliche Filmphotos werden auf einmal stereoskopisch belichtet. Zum genaueren Studium werden hernach erhebliche Vergrösserungen hergestellt.

Den Wert der neuen Erfindung sehen die Spezialisten darin, dass der Apparat, der ein genaues Bild der Magenschleimhäute vermittelt, eine etwa notwendige Operation zum Zweck der Diagnosestellung erspart. Die Unsicherheit in der Feststellung, ob es sich um ein harmloses Magengeschwür oder einen beginnenden Krebs handelt, wird durch derartige Aufnahmen wesentlich verringert, so dass man gegebenenfalls zu einer rechtzeitigen Operation, die ja allein beim Krebs Erfolg verspricht, schreiten kann.

Auch in Deutschland haben wir auf dem Wege der photographischen Diagnostik einen wichtigen Fortschritt zu verzeichnen. Kürzlich zeigte Prof. Stutzin in der Berliner "Kinotechnischen Gesellschaft" kinomographische Aufnahmen von lichtdichtabgeschlossenen Körperhöhlen. Schon lange kennt man den Blasen-spiegel, der 1879 von Nitze erfunden, es uns ermöglicht, in das Innere der Blase hineinzusehen. Als man dann dazu überging, das Instrument mit dem Objektiv einer photographischen Kamera zu verbinden, konnte man zunächst nur einen Querschnitt durch das Geschehen geben. Erst der Gedanke Stutzins, an Stelle der gewöhnlichen die Filmphotographie treten zu lassen, verband die Vorzüge beider Methoden. Jetzt können wir sowohl Bewegungen, also lebendiges Geschehen registrieren, und wir können es gleichzeitig festhalten und so dem Augenblick Dauer verleihen.

Mit fast erschreckender Deutlichkeit sieht man im Film als Bewegungsvorgänge, die sich in der menschlichen Harnblase abspielen; der Rhythmus, der sich bei den verschiedenen Krankheitsbildern in charakterischer Weise verändert, ist bei der Beurteilung eines Falles von grösster Wichtigkeit. - Neben der rein wissenschaftlichen hat die Methode noch eine wichtige lehrhafte Bedeutung: Während nämlich früher nur wenige Studenten in den Blasen-spiegel hineinsehen konnten, kann man jetzt das Innere der Blase vor einer unbegrenzten Zahl von Zuschauern auf der weissen Wand der Filmleinwand ausbreiten.

-g.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

11. Tag V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 21. August.

4 Gewinne zu je	5 000 Mk.	164159	396909			
10 Gewinne zu je	3 000 Mk.	143992	154774	270253	291854	340198
14 Gewinne zu je	2 000 Mk.	4230	68408	125293	169796	267538
		288657	330419			
36 Gewinne zu je	1 000 Mk.	2126	59522	72957		73668
		84406	112014	112637	117507	122774
		137984	200797	217161	238966	267091
		334641	334774	381136	389421	
104 Gewinne zu je	500 Mk.	464	7750	8139	12365	25762
		35969	38471	52714	70371	76946
		78906	85282	87188	87286	88732
		92631	94004	102277	107375	109928
		110496	122694	123143	143116	149922
		179840	186758	189729	209066	214116
		219457	224112	245463	245844	262286
		263121	264394	269124	282066	293758
		308252	333187	346417	346453	350462
		372240	379596	381075	393626	395737
		397806	397931			
210 Gewinne zu je	300 Mk.	926	2407	14322	15528	16913
		17300	18559	24798	34830	37165
		38159	38259	41959	43254	43911
		49590	50584	54024	54641	55158
		55876	59053	63166	63854	64718
		79461	84613	92882	93137	97466
		97903	98766	99905	101839	105051
		107692	107836	109998	111326	117243
		118940	121161	126474	128902	131775
		133308	138944	147016	156280	162428
		165139	176128	177394	180047	188670
		190744	197877	198466	198974	204571
		206153	207388	212726	220880	229123
		233022	237004	237496	239451	248980
		252026	252758	254213	255017	255484
		255570	267251	269628	280062	281205
		281463	282487	284779	293045	298101
		299137	300278	300902	305020	307557
		309375	309477	331269	331919	336090
		347774	352841	360475	361633	364222
		371340	373341	377868	384774	395777.

11. Tag V. Klasse. - Nachmittagsziehung vom 21. August.

8 Gewinne zu je	3 000 Mk.	56576	201003	227342	283979	
16 Gewinne zu je	2 000 Mk.	84696	115270	134877	166000	193798
		258915	356589	384323		
28 Gewinne zu je	1 000 Mk.	21213	21338	34134	52033	92814
		101105	254008	294665	302510	310918
		324820	336858	358796	380536	

winne zu je 500 Mk.	9865	18615	21827	39753	49331	58124
	59319	60010	62805	85110	89234	89728
	98953	116935	140036	166019	166115	170970
	187629	193153	199356	199696	213272	250278
	257115	272911	274610	293172	306948	317185
	341496	369860	378218	392047	393281	394647
206 Gewinne zu je 300 Mk.	50	116	1634	2177	8075	8562
	10499	15831	21226	23031	28018	29338
	35653	38742	39175	39466	43011	43320
	45489	47906	50788	61470	64590	69533
	70602	75883	76258	78406	80120	82275
	85316	85800	92031	95295	97405	101544
	104965	105792	113085	113821	118598	120189
	125048	129146	130740	131790	134025	141875
	145021	146299	147799	148856	149731	150476
	152767	152970	163474	167076	181010	183677
	186083	188386	192045	194682	195079	197576
	203985	205908	221400	224755	227924	228010
	231220	232767	236289	238416	249729	252636
	258600	267099	278175	281381	283198	283413
	289934	290714	292942	294440	300378	311218
	314550	331152	331352	336096	345838	351425
	355224	358113	365404	367780	367896	376701
	398979					

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 500 000 Mk.
2 Gewinne zu je 100 000 Mk.	2 Gewinne zu je 75 000 Mk.
2 Gewinne zu je 50 000 Mk.	8 Gewinne zu je 25 000 Mk.
56 Gewinne zu je 10 000 Mk.	106 Gewinne zu je 5 000 Mk.
264 Gewinne zu je 3 000 Mk.	508 Gewinne zu je 2 000 Mk.
1300 Gewinne zu je 1 000 Mk.	2810 Gewinne zu je 500 Mk.
7408 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.

winne zu je 500 Mk.	9865	18615	21827	39753	49331	58124
	59319	60010	62805	85110	89234	89728
	98953	116935	140036	166019	166115	170970
	187629	193153	199356	199696	213272	250278
	257115	272911	274610	293172	306948	317185
	341496	369860	378218	392047	393281	394647
226 Gewinne zu je 300 Mk.	50	116	1634	2177	8075	8562
	10499	15831	21226	23031	28018	29338
	35653	38742	39175	39466	43011	43320
	45489	47906	50788	61470	64590	69533
	70602	75883	76258	78406	80120	82275
	85316	85800	92031	95295	97405	101544
	104965	105792	113085	113821	118598	120189
	125048	129146	130740	131790	134025	141875
	145021	146299	147799	148856	149731	150476
	152767	152970	163474	167076	181010	183677
	186083	188386	192045	194682	195079	197576
	203985	205908	221400	224755	227924	228010
	231220	232767	236289	238416	249729	252636
	258600	267099	278175	281381	283198	283413
	289934	290714	292942	294440	300378	311218
	314550	331152	331352	336096	345838	351425
	355224	358113	365404	367780	367896	376701
	398979					

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 500 000 Mk.
2 Gewinne zu je 100 000 Mk.	2 Gewinne zu je 75 000 Mk.
2 Gewinne zu je 50 000 Mk.	8 Gewinne zu je 25 000 Mk.
56 Gewinne zu je 10 000 Mk.	106 Gewinne zu je 5 000 Mk.
264 Gewinne zu je 3 000 Mk.	508 Gewinne zu je 2 000 Mk.
1300 Gewinne zu je 1 000 Mk.	2810 Gewinne zu je 500 Mk.
7408 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.